

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 9

Die einseitige Konterrevolution 30 Blätter, Reklamseite 5 — Reichsmark „Kleine Anzeigen“ das Festgezeichnete Wort 33 Blätter (außer 1000) mit feingedrucktem Schriftbild das erste Wort 15 Blätter, jedes weitere Wort 10 Blätter, Worte über 15 Buchstaben zählen viermal. Arbeitermarkt: Seite 60 Blätter, Familienanzeigen für Abonnenten 30 Blätter, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr

## Die Entente Paris — Belgrad.

### „Gemeinsame Prüfung“ aller Kriegsgefahren.

Paris, 28. November. (Eigenbericht.)

Am Sonntagabend wurde der französisch-jugoslawische Vertrag, der nun in Kraft getreten ist, veröffentlicht. Sein Text entspricht Wort für Wort dem mit Rumänien abgeschlossenen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag. Sämtliche Pariser Blätter behaupten, daß der Vertrag vierzehn Tage lang geheim gehalten worden ist. Diese Behauptung habe der französischen Presse gestattet, eine Reihe von Unwahrheiten und Mißdeutungen in die Welt zu setzen.

Der Vertrag hat folgende Einleitung („Präambel“):

Die beiden Parteien haben den gleichen Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedenszustandes in Europa und der politischen Stabilität, die für den sozialen Fortschritt ebenso notwendig ist wie für das wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs und Jugoslawiens. Sie sind entschlossene Anhänger des Grundprinzips der Respektierung der internationalen Verpflichtungen, die durch das Völkerbundsstatut feierlich bestätigt werden. Sie wünschen im Rahmen dieses Abkommens von vornherein die Gemeinsamkeit ihrer Ansichten zu gewährleisten für den Fall, daß an der Ordnung gerührt werden sollte, die von den Verträgen hergeleitet ist, deren Signatäre sie sind. Sie sind überzeugt von der

Pflicht der modernen Regierung, die Wiederkehr der Kriege zu vermeiden

durch friedliche Regelung von Streitigkeiten, die zwischen ihnen entstehen könnten. Zu diesem Zweck haben sie beschlossen, sich gegenseitig neue Friedens-, Verständigungs- und Freundschaftsverträge zu geben, und folgende Abmachung unterzeichnet: Die ersten drei Artikel des Vertrages führen die Verpflichtung zum Abschluß gegenseitig und zur friedlichen Lösung aller zwischenstaatlichen Fragen näher aus. Die weiteren Artikel beinhalten u. a.:

Artikel 4. Wenn trotz der aufrichtig friedfertigen Absichten der beiden Regierungen Frankreich und Jugoslawien sich ohne selbstverursachte Provokation angegriffen sehen, würden beide Regierungen sich unverzüglich über ihre im Rahmen des Völkerbundsstatuts durchzuführende Aktion verständigen im Hinblick auf die Sicherung ihrer berechtigten nationalen Interessen.

effen und im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der durch die Verträge hergestellten Ordnung.

Artikel 5. Die beiden vertragschließenden Parteien werden sich untereinander verständigen, falls eine Abänderung oder der Versuch einer Abänderung des politischen Statuts der Länder Europas in Frage kommt, und vorbehaltlich der Beschlüsse, die in einem derartigen Fall vom Völkerbundsrat oder der Völkerbundsversammlung gefaßt werden würden, werden sie sich verständigen über die in einem derartigen Fall von beiden einzunehmende Haltung.

Artikel 7. Nichts in dem gegenwärtigen Vertrag wird derart ausgelegt oder ausgelegt werden können, daß die Rechte und Pflichten der vertragschließenden Parteien auf Grund des Völkerbundsstatuts verletzt werden.

Der Wortlaut des französisch-jugoslawischen Vertrages bestätigt wider Erwarten die von den beteiligten Regierungen wiederholt gegebenen Versicherungen, daß darin keinerlei gegen eine dritte Macht gerichtete Spitze enthalten ist. Er unterscheidet sich darin nicht nur von dem von Italien geschlossenen neuen Etrurischen Abkommen, das ein ausgesprochenes Militärbündnis ist und Abanien vollständig zum Besitze des römischen Imperialismus macht, sondern auch von den von Frankreich selbst in den Nachkriegsjahren abgeschlossenen

Verträgen, die die Einkreisung Deutschlands zum unzumutbaren Ziel

hatten. Was ein rechtschaffener Mensch darf darüber hinaus festgestellt werden, daß die gegenseitigen Verpflichtungen, die der Vertrag den beiden Regierungen auferlegt, ausnahmslos von dem Vorbehalt abhängig gemacht werden, daß diese in keiner Weise gegen die für beide Länder aus der Mitgliedschaft beim Völkerbunde resultierenden Pflichten verstoßen. Während die Verträge mit Warschau und Prag für den Fall einer Bedrohung der politischen Neuordnung Europas eine gemeinsame Aktion vorsehen, ist in dem Abkommen mit Jugoslawien nur von einer gemeinsamen Prüfung der Situation im Rahmen der dem Völkerbunde zustehenden Entscheidungen die Rede.

eben auch als ihren. In Braunschweig aber haben die Kommunisten nichts geerd. So ist auch dieser letzte Trost dahin, und das Organ für Gott, König und Vaterland zeigt sich ganz fassungslos:

Es wird allerhöchste Zeit, sich den Ernst der Lage, wie er aus allen bisher vor sich gegangenen Wahlen erkennbar, ohne Verschleierte vor Augen zu führen. Die Deutschnationalen haben 50 v. H. ihrer Stimmen und genau soviel von ihren Mandaten eingebüßt. . . . Wir warnen eindringlichst, den Kopf in den Sand zu stecken und sich mit billiger Vertröstung zufriedenzugeben. Möge sich die Partei über die Ursachen des überall zutage tretenden Stimmeneintrags Klar werden und daraus frühzeitig ihre Entschlüsse ziehen. Es steht, wie auf der anderen Seite des ständigen Anwachsens der Sozialdemokratie zeigt, die in Braunschweig keine kommunistischen Stimmen darunter zu verbuchen hat, viel auf dem Spiel!

Ja, ja! Wenn es nun gar auch mit den Kommunisten nichts mehr ist, dann ist für die armen Deutschnationalen Rathai am Lehen!

## Um die Lohnsteuererhöhung!

### Sofortige Einberufung des Steueraussschusses gefordert.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses des Reichstages hat der Genosse Dr. Paul Herz an den Vorsitzenden des Ausschusses folgendes Schreiben gerichtet:

„Am 21. Oktober ist dem 6. Ausschuss vom Plenum der sozialdemokratischen Antrag auf Senkung der Lohnsteuern (Nr. 3649 der Drucksachen) zur Beratung überwiesen worden. Der wiederholt vom Herrn Reichsfinanzminister Dr. Köhler angeklagte Geheimentwurf der Reichsregierung über den gleichen Gegenstand aber ist bisher noch nicht einmal vom Reichskabinett verabschiedet worden. Selbst wenn das in den nächsten Tagen geschehen sollte, würde also immer noch geraume Zeit vergehen, ehe er an den Reichstag gelangt, da seine Beratung im Reichsrat sicherlich erhebliche Zeit erfordern wird.“

Die Senkung der Lohnsteuer aber soll am 1. Januar 1928 in Kraft treten. Wenn diese Absicht nicht gefährdet werden soll, so muß die Beratung des sozialdemokratischen Antrages im Steueraussschuss unverzüglich beginnen. Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses bitte ich Sie deshalb, zum nächstmöglichen Termin eine Sitzung des 6. Ausschusses einzuberufen und den sozialdemokratischen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.“

## Hendebands sel. Erben.

Von Hermann Wendel.

Preußischer Konservatismus, zu dem wir uns bekennen . . . Preußisch-konfessionale Staatsauffassung leitet uns in der politischen Arbeit.

Graf Westarp auf dem Deutschnationalen Parteitag in Königsberg.

Als am 9. November 1918 die „Kreuz-Zeitung“ mit einem großen Radiergummi aus ihrem Wappenpruch: Mit Gott für König und Vaterland den König auswischte, holten auch die „Triarier Seiner Majestät“, als die sich, versteht sich, in gefährlosen Tagen, die Konservativen gern aufgespielt hatten, ihr Firmenschild herunter, und als sie ihren Laden wieder aufmachten, hießen sie Deutsche Nationale Volkspartei. Daß es die gleichen Brüder unter neuen Kapfen sind, verriet vor allem unlängst das Geschick in den Reihen der Partei nach ihrer Königsberger Tagung. Die westlicheren und bürgerlicheren Elemente um den Reichsverkehrsminister Koch und den Staatssekretär a. D. Wallraf verwahrten sich dagegen, daß die Deutschnationalen gewissermaßen der Wurmfortsatz der Konservativen seien, aber umwirsch rief ihnen die „Kreuz-Zeitung“ die Entstehungsgeschichte der Partei unter die Nase, und man erfuhr bei dieser Gelegenheit auch, daß die alten Konservativen, die als Sonderorganisation weiter bestehen, nicht nur durch die Person des Parteivorsitzenden Graf Westarp richtunggebenden Einfluß auf die Deutschnationalen ausüben, und unter Drohungen verlangen, daß bei den Wahlen des nächsten Jahres „Persönlichkeiten ausgesprochen konservativer Gesinnung in ausreichender Zahl“ auf den Kandidatenlisten erscheinen.

Nun ist es den gescheiterten Köpfen nicht von ungefähr peinlich, vor der Öffentlichkeit mit der politischen Erbschaft Hendebands belastet zu werden, denn schon die eigenen Sünden der Deutschnationalen in den letzten neun Jahren, Sabotierung der Erfüllungspolitik, Nordhege gegen Erzberger und Rathenau, Provokation des Ruhrkrieges, gebrochene Aufwertungsversprechen, Raubzölle und der ganze Rest, reichen hin, einer Partei jeden Kredit bei den Wählern zu nehmen. Aber wie erst, wenn ihnen rechtens auch die Taten und Untaten der verstorbenen Konservativen auf die Rechnung gesetzt werden! Zwar sträubten sich die Konservativen, genau wie heute die Deutschnationalen, dagegen, die Interessen einer engebregenen Schicht zu vertreten, aber sie konnten nun einmal nicht verhehlen, daß sie der politische Ausdruck des ostelbischen adeligen Großgrundbesitzes waren. Das Rittergut war ihre Welt, und so sah auch ihre Weltanschauung aus. Wenn sie sie gern christlich verbrämten, so nur, um die „gottgewollten Abhängigkeiten“ zu betonen, um darzutun, daß die Unterschiede von arm und reich im göttlichen Schöpfungsplan liegen; Christi Lehre war für sie nur „das Gaiopoeia vom Himmel, womit man einwülft, wenn es greint, das Volk, den großen Lummel“. Sonst aber hatte die Politik der Junker mit der Religion der Nächstenliebe nichts zu schaffen, sondern war eine konzentrierte Säure von Selbsthuth.

Ein Blick auf die konservativen Ahnen genügt, um zu wissen, daß im Grunde ihres Wesens die Deutschnationalen Volkspartei weder deutsch noch national ist, noch mit dem Volk das geringste zu tun hat. Statt deutsch waren die Konservativen für und engstirnig preussisch. Wie sie den schwarztrotgoldenen Einheitsbestrebungen von 1848 mit ihrem Trutzlied begegneten:

Wir wollen Preußen bleiben!  
Der Teufel hol das Treiben,  
Das Deutschland fabriziert  
Und Preußen ruiniert!

so empfing noch ein halbes Jahrhundert später der Reichsfinanzminister Hohenshohe von den „preussischen Erzellenzen“ den niederschmetternden Eindruck: „Alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben.“

Auch national waren die Konservativen niemals in dem einzig gültigen Sinn, daß sie Staatsgefühl = Gemeinschaftsgefühl besaßen hätten. Einer der ihren, Ludwig v. Gerlach, lernte sie kennen, wie sie mit der Front zum heimatischen Mitthausen und mit dem Rücken gegen den Ansprüche stellenden Staat standen, und so blieb ihre Haltung bis ins zwanzigste Jahrhundert. Ihre nationale Ehre erschöpfte sich darin, daß sie die ärmeren Schichten des Volkes für sich zahlen ließen. Daher die Leidenschaft für indirekte Steuern, daher die Auswucherung der Massen durch Agrarzölle, und in aussehenerregenden Artikeln der „Preussischen Jahrbücher“ wies Professor Delbrück nach, daß der Staat jährlich hunderte von Millionen Mark einbüßte, weil die schwerreichen Junker eine schamlose Steuerdrückeberegerie größten Stils betrieben.

Das Volk aber galt dieser „Volkspartei“ nur als unmündiger Haufe, der von den geborenen Herren in Schach gehalten werden mußte, als eine Herde, die nach Belieben zu sähen oder auf die Schlachtbank zu treiben war. Für die Konservativen war das Volk nur Objekt der Geseh.

## Klagen um Braunschweig.

### Nicht einmal mehr auf die Kommunisten Verlaß!

Die Wahlergebnisse des letzten Sonntags, vor allem die in Braunschweig, haben auf der rechten wie eine Bombe eingeschlagen. Man sieht ein, daß jedes Sichhinwegtäuschen über die Schwere der Niederlage und die trüben Aussichten für das große Wahljahr 1928 vergeblich wäre. Diese Stimmung zeigt sich in allen Blättern der rechten höchstens mit Ausnahme der „Täglichen Rundschau“, die stolz darüber ist, daß die Volkspartei in Braunschweig weniger Prügel bezogen hat als die Deutschnationalen:

Die Sozialdemokraten haben fünf Mandate gewonnen, die Deutschnationalen die Hälfte ihrer Mandate verloren. Daß die Deutsche Volkspartei „nur“ ein Mandat verloren hat, kann beinahe als ein „Erfolg“ angesehen werden. Zweifellos tragen Wahlmüdigkeit und Zersplitterung im bürgerlichen Lager wieder die Schuld an dieser Niederlage.

An was soll man noch glauben, wenn man nicht mehr an den Stahlhelm glauben kann, sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Daß gerade der Stahlhelm seine bis dahin so günstige Position nicht halten konnte, beweist — wie auch die bisherigen Wahlen —, daß die Jugend, die zum ersten Male zur Urne geht, der Demagogie der Linken zu verfallen droht. Man unterschätze es nicht: Jede dieser Einzelwahlen ist ein Vorbote der Kusselanderklärung, die im nächsten Jahre im Reich und in Preußen bevorsteht. Je mehr Boden den bürgerlichen Parteien vorher verloren geht, desto schwerer wird dieser Kampf sein.

Im Hause Hugenberg ist man der Meinung, daß die Rechtsparteien bisher noch immer nicht genug Demagogie getrieben haben und man verspricht, sich in dieser Richtung künftig noch mehr zu bemühen:

Immerhin werden sie (die Rechtsparteien) nach diesen neuesten Erfahrungen ihre politische Taktik den Notwendigkeiten der „demokratischen“ Staatsverfassung, mit der wir in Deutschland nun einmal gesegnet sind, in höherem Grade anpassen haben, als sie es bisher mit ihrer Gefinnung für vereinbar hielten.

Gäbe es noch ein Geldsackwahlrecht, wie in der guten alten Zeit, so würden die um Hugenberg das als echten Segen empfinden.

Die „Kreuz-Zeitung“ hatte sich bisher noch immer damit getröstet, daß bei den früheren Wahlen neben den Sozialdemokraten auch die Kommunisten etwas gewonnen hätten, den Sieg der bewährten Bundesgenossen empfand sie

gebung. Wenn 1918 der erste Wahlauftrag der Deutschen beteuerte, daß die gegebene Verfassung für den deutschen Staat „nunmehr der parlamentarische Regierungsform“ sei, „getragen vom Vertrauen der Mehrheit der Bürger, und ruhend auf dem gleichen Wahlrecht“, so wirkte auf die Konservativen der Parlamentarismus wie das rote Tuch auf den Bullen. Was sie alle insgeheim dachten, sprach der Junker v. Hidenburg-Januschau aus, als er ins Parlament das freie Wort schiederte, der Kaiser von Deutschland und König von Preußen müsse jederzeit das Recht haben, einem Leutnant zu befehlen: „Nehmen Sie zehn Mann und lösen Sie den Reichstag auf“, und ein Staatsmann, der das allgemeine Wahlrecht auf Preußen übertragen wollte, schien ihnen des Hochverrats schuldig. Das Dreiklassenwahlsystem half ihnen die Vormacht im größten deutschen Bundesstaat sichern, in dem 1912 von 11 Ministern 7, von 12 Oberpräsidenten 10, von 36 Regierungspräsidenten 20 und von 497 Landräten 276 adlig waren. Darum klammerten sie sich auch noch im Weltkrieg, als selbst die Osterbotschaft des Kaisers das gleiche Wahlrecht verlieh, verzweifelt an diesen Wechselbaig und versetzten so der Front den wirklichen Dolchstoß in den Rücken. Erst unter den Trümmern des alten Preußen wurde das infamste aller Wahlsysteme begraben.

Daß es zum Weltkrieg kam, auch daran trugen die Konservativen ihr gerilltes Maß Schuld. Sie betrieben die Züchtung des gedanken- und willenlosen Untertanen ebenso wie die Verherrlichung des aus dem Mittelalter stammenden und ins Mittelalter gehörenden Gottesgnadentums. Ihr effer Byzantinismus hegte einen pathologisch schwachen Herrscher in immer steilere Höhen des Cäsarenwahns hinauf, so, wenn die „Kreuz-Zeitung“ in einer Geburtsiagsode von dem haltlosen Komödianten delirierte:

Großen Sinnes herrscht er. Mit Adlerblicken  
Sieht er jedem, der sich ihm naht, ins Gesicht —  
Sieh, das sind die Augen des großen Ahnherrn,  
Friedrichs des Zweiten!

Die Konservativen trieben zu stets tolleren Rüstungsvermehrungen, die Konservativen lenkten durch Mißhandlung der Polen, Dänen, Estländer und Lothringer innerhalb unserer Grenzen den Unwillen der Welt auf Deutschland, die Konservativen veränderten für die auswärtige Politik den freien Grundsatz: Macht geht vor Recht! und verhöhnnten alle Friedensbestrebungen, die Konservativen roffelten schließlich so herausfordernd mit dem „deutschen Schwert“, daß ihnen Bethmann Hollweg in offener Reichstagsitzung entgegenzutreten mußte. Und als der Krieg tobte, waren sie die ersten und eifrigsten, das Volk zu belügen und zu verheizen und den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg zu verwandeln. Sie schrien am lautesten nach dem verschärften U-Boot-Krieg, sie verließen das Eingetragene der Vereinigten Staaten, sie machten jede Friedensmöglichkeit zunichte, sie liebten Plakate an alle Wände: „Es besteht Gefahr, daß Deutschland einen Verständigungsfrieden schließt!“ Wahrscheinlich, nie wies eine bankrotte Firma solche Passiven auf wie die Konservativen im November 1918!

Die Konkursmasse dieser Partei übernahmen die Deutschen. Alles Gerede ändert daran nichts, denn wie sollte der deutsch-nationale Graf Westarp von heute etwas anderes sein als der konservative Graf Westarp von damals. Grattez le Russe et vous trouverez le Tartare! fragt den Deutschnationalen, und der Konservative kommt zum Vorschein! Daß manchem von ihnen dabei nicht wohl ist, begreift sich angesichts der Wahlen. Denn, rechnen die Wähler Schuld und Schulden der Konservativen und der Deutschnationalen zusammen, so folgen sie voller grimmer Luft der Lösung, die einst, freilich mit anderem Ziel, der desertierte erteuchte Schutzherr der Junker ausgegeben hat: „Seht aber wollen wir sie dreschen!“ Sie werden 1928 gedroschen werden, Heydebrands sei. Erben!

## Umgestaltung der Besoldungsreform.

### Die Besoldung in der Wehrmacht. — Die Ruhegehälter.

In der Montagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Besoldungsreform nahm die Besprechung der Besoldungsgruppe C: Soldaten der Wehrmacht, einen breiten Raum ein. Genosse Rohmann legte dar, daß die Soldaten der Wehrmacht zwar nicht schlechter, aber auch nicht besser als die übrigen Beamten gestellt werden dürfen. Die Offiziere hätten jetzt auch den Charakter von Beamten und müßten deshalb gleich diesen behandelt werden. Die Schützen und Oberschützen scheinen jetzt aber tatsächlich schlechter gestellt zu sein als früher. Bis zur zweiten Lesung müßte daher die Regierung zahlenmäßige Unterlegen zur Beurteilung der Verhältnisse der unteren Rangesklassen beibringen. Auch die Ungleichheiten zugunsten des Sanitätskorps und der Deckoffiziere müsse seine Partei beseitigen.

In der zweiten Lesung beantragten die Regierungsparteien eine Entschärfung ein, in der die Reichsregierung ersucht wird zu prüfen, inwieweit eine Besserung des Besoldungsdienstalters bei den Sanitäts- und Veterinäroffizieren in den Besoldungsgruppen C 9 und C 7 zur Angleichung an die Verhältnisse der akademisch vorgebildeten Beamten vorgenommen werden könne.

Bei der dann folgenden Besprechung der Besoldungsgruppe D: Postbeamten beim Reichswasserstraßenbau beantragte Genosse Steinkopf Aufnahme dieser Beamten in die Besoldungsgruppe A. Bisher sei noch nicht entschieden, ob diese Beamten in die Schutzpolizei der Länder aufgenommen werden können.

Ob der Abstimmung wurden gleichlautende Anträge der Oppositionsparteien auf Aufhebung der Besoldungsgruppe D (Reichswasserstraßenbau) abgelehnt. Auch alle anderen Anträge der Oppositionsparteien verließen wie bisher stets der Ablehnung.

Es wurde dann der bisher zurüdgehaltene Abschnitt V des Beschlusses: Wartegelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge in Beratung genommen. Die Genossen Rohmann und Steinkopf begründeten einen sozialdemokratischen Antrag, der für die betreffenden Paragrafen dieses Abschnittes neue Fassungen vorsieht, um die Härten für die Ruhegehaltsempfänger, Beamte im Ruhestand und Wartegelder, für die Hinterbliebenen usw., nach Möglichkeit zu beseitigen.

Am gleichen Antrag wird verlangt, daß solchen Ruhegehaltsempfängern, die neben dem Ruhegehalt noch ein weiteres größeres steuerbares Einkommen haben, das Ruhegehalt in bestimmten Abstufungen zu kürzen ist. Unsere Genossen verwiesen auf die bereits einmal vom Reichstag beschlossenen Kürzungen, die leinzeitig unter Mitwirkung des Zentrums beschlossen worden seien. Es sei unverständlich, weshalb man nicht die Höchstgrenzen für Pensionen und für Witwenrenten festlegen könne.

Da in dieser Frage wiederum Meinungsdivergenzen unter den Regierungsparteien sich zeigten, mußte die Sitzung vertagt werden.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurden am Montag bei der Weiterberatung des Mieterschutzgesetzes alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge zugunsten der Mieter von den Regierungsparteien abgelehnt und die Bestimmungen der Regierungsvorlage angenommen.

# Wilhelm II. als Scharfrichter.

## Er ließ massenhaft hinrichten. — Die Hinrichtungen der letzten Jahre. — „Im Frack und weißer Weste.“

Der alte König Wilhelm von Preußen hatte seit 1871, wo ein Justizmord in Preußen ausgeübt wurde, bis zum Attentat von Hölbel seine Todesurteile mehr vollstrecken lassen. In den restlichen zehn Jahren seiner Regierungszeit, von 1878 bis 1887, ließ er von 529 zum Tode Verurteilten 33, das sind ein wenig über 7 Proz., hinrichten.

Das wurde unter Wilhelm II. mit einemmal ganz anders. Von 1888 bis 1918 sind im ganzen in Preußen 713 Todesurteile gefällt worden. Davon wurden

431, das sind über sechzig Prozent (genau 60,4 Proz.) vollstreckt!

Wilhelm machte von seinem Begnadigungsrecht zehnmal weniger Gebrauch als sein Großvater. Er ließ in den 25 Jahren seiner Herrschaft über 400 Menschen vom Leben zum Tode befördern! Und daß diese fürchterliche Zahl des staatlichen Massenmordens nicht doppelt oder dreifach so groß ist, das liegt offensichtlich daran, daß die Gerichte viel weniger Todesurteile als früher fällten, weil sie bald merkten, daß auf die Begnadigung der Verurteilten zehnmal weniger zu rechnen war als früher!

Auf Wilhelm II. ruht nicht nur die Mitschuld an den Millionen von Todesopfern, die in der Kaserne des Weltkrieges vernichtet wurden. Auf ihm — und ihm ganz persönlich — ruht auch die Schuld, der staatlichen Mordjustiz in vielen hundert Fällen mit kalter Ueberlegung freien Lauf gelassen zu haben.

Unter der Republik ist das Verhältnis zwischen zum Tode Verurteilten und Hingerichteten weit besser geworden. Die Zahl der Verurteilungen hat in der Nachkriegszeit stark zugenommen: Von 1919 bis 1926 wurden in Preußen nicht weniger als 556 Menschen zum Tode verurteilt. Davon sind 42 oder 7 1/2 Proz. enthauptet worden.

Die Zahlen der letzten Jahre sind:

	Verurteilte Männer	Verurteilte Frauen	davon hingerichtet
1922 . . . . .	82	6	12 Männer 1 Mann
1923 . . . . .	49	8	2 Männer 10 Männer
1924 . . . . .	57	12	1 Frau 4 Männer
1925 . . . . .	63	20	
1926 . . . . .	46	12	

Die preußische Begnadigungspraxis ist also in der Republik wieder so geworden, wie sie ein Jahrzehnt vor Wilhelm II. gewesen war. Aber sie hat heute noch nicht den Stand erreicht, den Preußen nach 1870 hatte, als dort keine Hinrichtungen mehr vorlagen. Das liegt allein daran, daß die sozialdemokratischen Minister ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Todesstrafe nicht immer zum Siege verhelfen konnten. Solange die barbarische Todesstrafe aus dem Strafrecht nicht verschwunden ist, hängt von der Macht der Sozialdemokratie in Preußen und den Ländern das Schicksal der zum Tode Verurteilten ab.

**In Frack und weißer Weste pflegte bisher der Scharfrichter in Preußen seines Amtes zu walten.**

Dies Kostüm ist — „nach Ueberwindung mannigfacher etatsrechtlicher Schwierigkeiten“ — beseitigt. Das mag die Justizverwaltung für eine Verbesserung halten. Statt aber die Fassade zu verschönern, kommt es darauf an, die elende mittelalterliche Einrichtung überhaupt abzureißen!

Auf Grund der sogenannten Hidenburg-Konstruktion sind in Preußen bis jetzt 8300 Einzelbegnadigungen erfolgt. Die Begnadigungen erstrecken sich auf Strafausschub, teilweisen und völligen Straferlaß.

# Der Bürgerblock entrechtet die Mieter.

## Die Sozialdemokratie fordert soziales Wohnrecht.

Nach der Zivilprozessordnung kann wegen einer Geldschuld das Wohnverfahren durchgeführt werden. Der Gerichtsschreiber stellt auf Antrag des Gläubigers dem Schuldner einen Zahlungsbefehl zu. Widerspricht ihm der Schuldner, dann muß der Gläubiger klagen. Erscheint der Schuldner nicht zum Gerichtstermin, dann kann gegen ihn ein Vermögensurteil erlassen werden. Erhebt er gegen dieses Vermögensurteil Einspruch, so hat er im Klageverfahren das Recht, alle Einwendungen gegen die Schuldforderung geltend zu machen.

Anderes beim Kündigungsverfahren. Hier handelt es sich nicht bloß um Geldschulden, sondern die Wohnung kann auch gekündigt werden, wenn der Vermieter vom Mieter oder einer Person, die zu seinem Hausstand gehört, oder der er den Gebrauch des Mietraumes überlassen hat, also Untermieter, erheblich belästigt wird, wenn der Mieter einen unangemessenen Gebrauch vom Mietraum macht oder durch Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt den Mietraum erheblich gefährdet, oder Dritten den Mietraum unbesugt überläßt, endlich, wenn der Vermieter unter gewissen Voraussetzungen den Raum selbst für sich beansprucht. (§§ 2, 3 und 4 des Mieterschutzesgesetzes.)

Der Hausbesitzer stellt bei dem Gerichtsschreiber den Antrag: der Gerichtsschreiber soll prüfen, ob die Kündigung für den angegebenen Zeitraum zulässig ist, und stellt dann dem Mieter amtlich das Kündigungsschreiben

zu. Der Gerichtsschreiber hat also nicht nur rein formell den Inhalt des Kündigungsantrages nachzuprüfen, sondern er hat auch zu prüfen, ob die Voraussetzungen der §§ 2 bis 4 des Mieterschutzes vorliegen. Seine Prüfung geht also über das Formale weit hinaus. Denn hier handelt es sich nicht bloß um eine Geldschuld, sondern auch um den Verlust der Wohnung, da der Mieter, der schuldhaft wegen Zahlungsverzug die Kündigung veranlaßt, keinen Anspruch auf einen Ersatzraum hat. Rechtlich und sozial durfte das Kündigungsverfahren nicht dem Wohnverfahren gleichgestellt werden. Deshalb verlangten die Sozialdemokraten die Prüfung durch den Einzelrichter und die Zulässigkeit der Kündigung erst dann, wenn das Güterverfahren in Verhandlung mit den Mietparteien ergebnislos verlaufen ist.

**Die Blockmehrheit lehnte beide Anträge ab.**

Der Mieter wird durch die amtliche Kündigung beunruhigt und eingeschüchtert, er wird oft annehmen, daß er bereits verurteilt ist und den Widerspruch unterlassen.

Die Kündigung soll auch als zugestellt gelten, wenn der Mieter oder ein Angehöriger nicht angetroffen wird, durch Hinterlegung beim Amtsgericht, beim Gemeindevorstand, bei der Polizeibehörde oder durch Anschlag.

**Ein sozialdemokratischer Antrag, diese Ersatzregelung beim Mietkündigungsverfahren auszuscheiden, wurde von der Blockmehrheit abgelehnt.**

angeblich, weil dadurch die allgemein gültigen Regeln des Wohnverfahrens durchbrochen würden.

Der Mieter kann formlos auch durch Angehörige innerhalb einer Woche Widerspruch gegen die Kündigung erheben. Diese in der Begründung vermehrte Widerspruchsort verlangen die Sozialdemokraten in das Gesetz aufzunehmen, um das Gesetz dem Volke verständlicher zu machen und die Einspruchsfrist auf vier Wochen auszudehnen, ein Verlangen, das auch der sächsische Regierungsvorsteher gestellt hatte. Beide Anträge wurden abgelehnt. Die von sozialdemokratischen Abgeordneten vorgebrachten Gründe, daß die Einspruchsfrist zu kurz sei und von ortsbefremdten Arbeitern nicht verpaßt werden würde, die Fürsorgeämter in der kurzen Frist nicht helfen eingreifen könnten, teilte den Erfolg, daß die Widerspruchsfrist auf zwei Wochen verlängert wurde.

Wenn der Widerspruch schuldlos verfaßt ist, dann soll der Mieter nur bis zum Erlaß des Räumungsbefehls gehört werden. Kann er den Nachweis der Schuldlosigkeit nicht erbringen, dann

kann der Gerichtsschreiber auf Antrag die Räumung der Wohnung anordnen.

Der Mieter wird schlechter gestellt als der Geldschuldner. Dieser kann auch beim Vermögensurteil Widerspruch erheben und seine Einwendungen geltend machen, der Mieter nicht, er wird ungleich schlechter gestellt, obgleich bei ihm mehr auf dem Spiele steht. Der verfaßte Einspruch gegen die Kündigung soll dem Zahlungsbefehl gleichgestellt werden, der Mieter soll aber nicht das Recht haben, hiergegen materielle Einwendungen zu machen. Nur raus mit dem Mieter aus der Wohnung, seine Familie wird bedenklich dem Schicksal überlassen!

Die Blockmehrheit verfolgt hartnäckig das Ziel, den Mieter zu entrechteln, es besteht kaum noch Hoffnung auf Rückkehr zur Einsicht. Das wird und darf die Sozialdemokratie nicht abhalten, alle Hilfsmittel zu erschöpfen, um dem Mieter zu schaden.

Warum der Bürgerblock so vorgeht, hat der Zentrumsabgeordnete und „Arbeitervertreter“ Trimmel dahin erklärt, daß endlich der Hausbesitzer wieder über sein verfassungsmäßiges Eigentum verfügen kann! Freilich weiß auch er, daß nach der Verfassung Eigentum in den Dienst für die Allgemeinheit gestellt werden muß. Der Befehl der Hausbesitzer ist ihm aber noch wertvoller als die Verfassung.

Die Sozialdemokratie will nicht nur die Mieter schützen, sondern sie verknagt die

### Schaffung eines sozialen Wohnungsrechts.

das ja auch die Verfassung den Deutschen zusichert. Die Wohnung ist im Bürgerlichen Gesetzbuch einer Leihe gleichgestellt. Das Mietrecht ist kein zwingendes, sondern ein obdingbares Recht, und es ist vor dem Kriege schon durch den Diktatormieterstraftrag der Hausbesitzer außer Kraft gesetzt worden. Nun ist zweifellos die Nutzung des Grund und Bodens zu Wohnzwecken anders zu werten als gewöhnliche Ware, die man beliebig wie alte Hofen veräußern kann. Wer Häuser vermietet, also daraus ein Geschäft macht, hat andere Verpflichtungen gegen den Mieter, dessen Leben, Familienglück und -unglück sich in dem Mietraum abspielt, als ein einfacher Händler. Der sozialdemokratische Antrag verlangt von der Regierung die Schaffung eines Miet- und Wohnrechts, die Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege als eine öffentliche Angelegenheit und begründet das im einzelnen. Der deutsch-nationale Justizminister Hergt erkennt an, daß schon vor dem Kriege die Restriktion des Mietrechts notwendig geworden war, hält aber den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, ein neues Dauermietrecht zu schaffen!

Von dem Vertreter der sächsischen Regierung ist die Notwendigkeit der Schaffung eines sozialen Mietrechts betont worden. Er schlägt für die Uebergangszeit vor, ähnlich wie bei den Tarifverträgen, einen Mietvertrag unter Mitwirkung der Regierung zwischen Hausbesitzer und Mieterorganisationen zu vereinbaren. Damit würde für den Fall der endgültigen Beseitigung des Mieterschutzes wenigstens der bekannte Hausbesitzermietvertrag beseitigt werden. Der Mieterschutz ist aus der Wohnungsnot entstanden. Die amtliche Zählung, die sich nur auf einen Teil der Gemeinden erstreckt, stellt fest, daß

**830 000 Haushaltungen keine eigene Wohnungen**

haben. Das ist der jetzige Mißstand. Dazu kommt nach Ansicht der Reichsregierung bis zum Jahre 1935 durch Beschaffungen und nach Abzug der verfallenen Wohnungen und der infolge Todesfalls ausgegebenen ein jährlicher Neubedarf von 200 000 Wohnungen. Erst nach 1935 wird dieser Neubedarf sich infolge der Geburtenabnahme während des Krieges vermindern. Wir haben also noch mindestens zehn Jahre mit der Wohnungsnot zu rechnen. Sie wird erst dann als behoben betrachtet werden können, wenn nicht nur der Bedarf gedeckt ist, sondern auch eine Reserve von Wohnungen geschaffen ist. Erst dann kann sich Angebot und Nachfrage ausgleichen und dem Mietwucher gefeuert werden. Restriktion der Mieterjahre aus der Wohnungsnot, so muß er auch bis zur Behebung der Wohnungsnot bestehen bleiben und muß zuvor in ein soziales Wohnrecht umgewandelt werden.

Richard Bipinjt.

## Katholische Wiedervereinigung. Koalition Bayerische Volkspartei-Zentrum.

München, 28. November. (Eigenbericht.)

Die „Bayerische Volksparteikorrespondenz“ veröffentlicht am Montagabend die von der Landesparteileitung und vom Vorstand der Zentrumsparlei (Marx) unterzeichneten Vereinbarungen, die zur Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum getroffen worden sind. In der Einleitung dieser Vereinbarungen heißt es, daß der Wunsch maßgebend war, ein einheitliches Vorgehen in allen wichtigen politischen Fragen zu sichern mit dem Ziel, für alle Zukunft Reibungsflächen zwischen beiden Parteien zu verhindern, und mit dem Endziel der Wiederherstellung der politischen Einheit.

Beide Parteien schließen im Reichstag eine freie Arbeitsgemeinschaft, in der bei besonders wichtigen Fragen gemeinschaftliche Sitzungen stattfinden. Die Fraktionen selbst bleiben zunächst selbständig. Im Bayerischen Landtag wird ebenfalls zwischen der Bayerischen Volkspartei und den drei Zentrumsabgeordneten eine engere Fühlungnahme herbeigeführt, wozu das Zentrum seine Parteiangehörigen in Bayern auffordert, fortan ihre politische Tätigkeit im Rahmen der Bayerischen Volkspartei auszuüben.

Die starken Gegensätze in der Pfalz, wo beide Parteien ungefähr gleich stark sind, will man dadurch zu überbrücken versuchen, daß für die Pfalz eine gemeinsame Organisation empfohlen wird. Um das zu erreichen, wird ein paritätischer Ausschuss gebildet. Die politischen Wahlen sollen in der Pfalz mit einer gemeinsamen Liste durchgeführt werden; für die Landtagswahlen trägt diese Liste das Kennwort „Bayerische Volkspartei“, für die Reichstagswahlen „Zentrum und Bayerische Volkspartei“. Bei der Aufstellung der gemeinsamen Wahlliste sind beide Parteien gleichberechtigt. Auf die Reichstagsliste kommt an erster Stelle ein Kandidat der Bayerischen Volkspartei und an zweiter Stelle ein solcher des Zentrums.

Zwecks Ueberwachung der lokalen Durchführung dieser Vereinbarung und der sich aus ihr ergebenden Maßnahmen wird für die Dauer einer Wahlperiode ein zahngliedriger Ausschuss eingesetzt, in dem jede Partei mit fünf Leuten vertreten ist.

## Revision im Femefall Gaedike. Ueberweisung an das Schwurgericht Stettin.

Leipzig, 28. November.

Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Montag über die von der Landesberger Staatsanwaltschaft im Femefall Gaedike eingeleitete Revision verhandelt. In diesem Prozeß war bekanntlich Erich Klapproth wegen Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, während Oberleutnant Schulz und Leutnant Hann freigesprochen wurden.

Bei Beginn der Verhandlung versuchte Rechtsanwalt Dr. Löwenthal-Berlin, der Verteidiger des Nebenklägers Gaedike, darzulegen, daß die Zurückziehung der Revision durch den Nebenkläger, die vor einigen Tagen erfolgte, auf starken Druck von außen zurückzuführen und daher nicht tatsächliche Willensentscheidung sei. Der Senat kam aber zu der Auffassung, daß Gaedike seine Revision ordnungsgemäß zurückgezogen habe und daß infolgedessen Rechtsanwalt Dr. Löwenthal in dieser Sache nicht als Anwalt auftreten könne. Nach Stellungnahme der Reichsanwaltschaft und der Verteidigung, entschied der Senat, daß dem Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft stattgegeben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht verwiesen werde, aber nicht wieder nach Landsberg, sondern nach Stettin.

Zur Begründung des Urteils wurde ausgeführt: Die Verfahrensrüge wegen der Nichtvernehmung des Zeugen Landgerichtsrat Glaske sei als begründet zu betrachten. Die Ansicht des Schwurgerichts, daß die Heranziehung eines Zeugen zur Aussage über die Aussagen Dritter unzulässig sei, finde im Gesetz keine Stütze. Es sei auch nicht zu verkennen, daß das Urteil möglicherweise von dem abgelehnten Zeugnis Grastes beeinflusst werden könnte. Weiter sei die Ablehnung des Zeugen v. Grosmann zu rügen gewesen, da der Beweisantrag bezüglich dieses Zeugen darauf hinausliefe, daß v. Krollmann aus eigener Erfahrung über die Angeklagten Schutz und Klapproth ausfragen könne.

## Polen „an Alle“.

Es beteuert den Mächten seine Friedensliebe.

Warschau, 28. November. (Eigenbericht.)

Die polnische Regierung hat am Montag zur litauischen Frage förmlichen Regierungen, mit denen sie in diplomatischer Verbindung steht, eine Note überreichen lassen. Ohne auf die russische Note zur selben Frage einzugehen, bezieht sich die diplomatische Regierung darin nur auf die Tatsache, daß der litauisch-polnische Streit auf Grund der litauischen Behauptung auf der Tagesordnung der bevorstehenden Tagung des Völkerbundrates steht. Polen habe gegenüber Litauen nur den einen Wunsch: friedliche, nachbarliche Beziehungen so rasch wie möglich wieder aufzunehmen.

Diesem Wunsche gegenüber habe sich sowohl die gegenwärtige litauische Regierung wie ihre Vorgängerin ablehnend verhalten. Litauen verharre auf dem Standpunkt, daß es sich mit Polen im Kriegszustand befinde. Die polnische Regierung halte eine solche Auffassung für höchst gefährlich für den allgemeinen Frieden, und sie hoffe, für diesen ihren Standpunkt bei allen anderen Regierungen und bei der öffentlichen Meinung der Welt verständlich zu machen. Infolgedessen gebe sie sich auch der Hoffnung hin, daß die anderen Regierungen sie in dem Bestreben unterstützen werden, den so hartnäckig festgehaltenen Kriegszustand Litauens zu beenden. Die litauische Unabhängigkeit und der territoriale Bestand Litauens sei von der polnischen Politik in keiner Weise bedroht.

## Parlamentssende in Warschau.

Warschau, 28. November.

Heute mittag wurden Sejm und Senat durch ein Dekret des Staatspräsidenten infolge „des Ablaufs der gesetzlichen Tätigkeitsdauer“ des Parlaments aufgelöst. Die Verordnungen, die das Datum des 28. November tragen, wurden durch den Adjutanten des Vizepremierministers Bartel in den Kanzleien des Sejms und des Senats niedergelegt.

## Kriegsbereitschaft in Litauen.

Kowno, 28. November.

General Schulauskas hat einen Armeebefehl ausgegeben, demzufolge die gesamte litauische Wehrmacht ihm als Oberbefehlshaber untersteht und nicht mehr dem Kriegminister. Diese Maßnahme bedeutet, daß das litauische Heer in Kriegsbereitschaft gebracht worden ist.

## Braunschweiger Stahlhelmpolier.



„Nun hat mir der schöne Stahlhelm auch nichts genügt!“

## Sozialismus und öffentliche Betriebe.

Sechster Deutscher Bauhüttenkongress.

Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats wurde am Sonntagmittag der Sechste Deutsche Bauhüttenkongress mit einer großen Kundgebung eröffnet, zu der der Reichswirtschaftsminister a. D. Genosse Robert Schmidt das Referat übernommen hatte. Robert Schmidt sprach über den Kampf der kapitalistischen Interessensverbände gegen die Gemeinwirtschaft. Eingangs seiner Ausführungen erinnerte Genosse Robert Schmidt an die Kundgebung der großen wirtschaftlichen Interessensverbände vom 10. November 1926 gegen die Betriebe der öffentlichen Hand. Die Agitation dieser kapitalistischen Interessensverbände gegen die vom Reich, den Ländern und Gemeinden betriebenen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, gegen die öffentlichen Verkehrsbetriebe, die Bankunternehmungen des Reichs und der Länder usw. hatte weite Kreise gezogen. Die Haltung des Reichsbankpräsidenten gegen die Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Gemeinden ist ein Niederschlag dieser Agitation. Wie außerordentlich schädlich die Unterbindung dieser Kredite ist, dafür ist besonders Berlin ein treffendes Beispiel, wo wichtige Bauten unterbrochen werden müssen, weil der Stadt Berlin die Mittel dazu vorenthalten werden.

Die kapitalistischen Interessensverbände behaupten, daß durch die Betriebe der öffentlichen Hand die private Initiative zurückgedrängt, der selbständige Mittelstand gefährdet werde und daß die öffentlichen Unternehmungen sich vielfach zum Schaden der Konjunktur entwickeln. Wie steht es damit? Beobachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, dann muß festgestellt werden, daß die

### Einzelunternehmungen immer mehr zurückgedrängt

werden und Aktiengesellschaften und großen Konzernen Platz machen. Im Vergleich zur Berufszählung von 1907 ist bis 1925 die Zahl der Selbständigen in Industrie und Handwerk um 28 071 zurückgegangen, während die Bevölkerung um 13,5 Proz. zugenommen hat, so daß im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme die Anzahl der Selbständigen in Wirklichkeit um 270 425 zunehmen hätte müssen. Im gleichen Zeitraum hat die Zahl der Direktoren und leitenden Beamten um 1972, die der Hausgewerbetreibenden um 37 356 zugenommen.

Das sind sozial gehobene, wirtschaftlich aber unselbständige Existenzen, die das Reichswirtschaftsamt merkwürdigerweise unter die „Selbständigen“ gruppiert. Dieses Zurückdrängen der wirtschaftlich Selbständigen ist aber nicht zurückzuführen auf die Unternehmungen der öffentlichen Hand, sondern auf

### die neuen Formen des kapitalistischen Kollektivismus.

Durchaus widerspruchsvoll ist der Kampf des Mittelstandes gegen die Genossenschaften; denn der Mittelstand bedient sich selbst mit vollem Recht des Genossenschaftsformens. So beträgt die Zahl der Genossenschaften des Handwerks 3500, darunter etwa 1400 Kreditgenossenschaften und 1800 Warengenossenschaften. Auch der Reichslandbund ist zum Zweck des Ein- und Verkaufs und der Beschaffung von Kredit-Genossenschaften gegründet, wogegen der Großhandel vergeblich Protest erhebt. Die industriellen Großbetriebe gehen immer mehr zur

### Ausschaltung des Großhandels

über. So vertreibt die Kohlenbergwerksgemeinschaft ihre Produkte und geht jetzt dazu über, auch den Schrottaufkauf in die Hand zu nehmen. Dasselbe sehen wir im Kohlenbergbau. Gegen diesen kapitalistischen Kollektivismus spricht man nicht. Einschränkung der Betriebe der öffentlichen Hand? Wie kann man darauf verzichten, daß die natürlichen Reichtümer eines Landes, wie Kohle, Kalk, Petroleum usw. unter die Kontrolle der Allgemeinheit kommen? Ebenso steht es mit den Wasserkräften.

### Kein privater Besitz läßt sich auf diese natürlichen Kräfte begründen.

Genosse Robert Schmidt zeigt dann auf, wie die Elektrizitätserzeugung immer mehr in die Hände der Gemeinwirtschaft übergeht, ebenso wie die Gas- und Wasserwerke. Die Gaswerke der Gemeinden werden jetzt durch die Gasfernversorgung bedroht. Wenn die Gasfernversorgung wirtschaftlich rationeller ist, dann werden wir uns ihr nicht widersetzen. Aber wir müssen dann verlangen, daß diese Gasfernversorgung nicht zu einem privaten Monopol wird, sondern unter die Kontrolle der Gemeinden kommt. Diese Entwicklung sehen wir im Verkehrswesen, wo 1925 92,13 Proz. der Schienenlängen in öffentlicher Hand waren. Besonders stark ist diese Entwicklung bei den Straßenbahnen zu beobachten, wo 1913 in 25 Großstädten 50 Proz. der öffentlichen Hand gehörten,

während es 1925 bereits 72 Proz. waren und 21 Proz. gemischt-wirtschaftlichen Betrieben gehörten. Auch im Kraftwagenverkehr ist dieselbe Entwicklung zu beobachten. Im Verhältnis zur Gesamtproduktion ist der Anteil dieser Betriebe allerdings noch gering.

### Aber wir sehen doch den Fortschritt zum Sozialismus.

Gewiß handelt es sich hier nicht um eigentlich sozialistische Betriebe, aber während der Uebergangsperiode wird es sich nicht vermeiden lassen, was ja auch in Kaufman bisher geschehen ist, Staatsbetriebe zu errichten. Diese Betriebe der öffentlichen Hand, obwohl sie notgedrungen zu Steuerquellen werden, arbeiten billiger als private Monopolbetriebe. Das sehen wir besonders in Berlin, wo neben den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken der Stadt Berlin noch private Monopolbetriebe für die Gemeinden bestehen, die ganz wesentlich teurer sind als die Unternehmungen der Gemeinden. Zu diesen öffentlichen Betrieben kommen noch die Betriebe, die der Initiative der Arbeiterschaft entspringen und das sind die Genossenschaften.

Die Genossenschaften, insbesondere aber die große Bauhüttenbewegung, zeigen, daß wir durchaus in der Lage sind, sozialisierte Unternehmungen zu schaffen und sie nicht nur konkurrenzfähig gegenüber den privatkapitalistischen Unternehmungen zu erhalten, sondern, wie die Bauhüttenbewegung, vielfach besser und billiger zu arbeiten, als die privaten Konkurrenzbetriebe. Diese Genossenschaftsbetriebe geben uns auch das Vertrauen, daß wir die Fähigkeit und die Kraft besitzen, die privatkapitalistische Produktion hinüberzuleiten in die sozialistische Produktion.

### Gewaltige Umfangsteigerung der Bauhütten.

Am Montag nahm die Tagung in geschlossener Sitzung den Bericht der Geschäftsführer Ellinger und Astor entgegen. Ellinger führte u. a. folgendes aus: Die Zahl der Betriebe des Verbandes hat sich von 43 im Anfang des Jahres 1920 auf 151 im Oktober 1927 gesteigert. Die Zahl der Beschäftigten ist von 20 045 im Jahre 1920 auf 23 690 im Jahre 1926 gewachsen. Im Jahre 1924 betrug der Umsatz nur 41 Millionen Mark. Er hat sich im Jahre 1925 auf 68 Millionen und im Jahre 1926 auf 81 Millionen erhöht; er wird im Jahre 1927 sehr wahrscheinlich die Summe von 100 Millionen Mark überschreiten. Die Betriebsform hat sich allmählich umgestellt. Während zunächst die Form der Genossenschaft bevorzugt wurde, ist man in letzter Zeit mehr zu der Gesellschaft mit beschränkter Haftung übergegangen. Der Ruster-Gesellschaftsvertrag, der von allen Betrieben anerkannt werden muß, die dem Verband angehören, ist bisher von 60 Proz. der Betriebe angenommen worden; bei 23 Proz. fehlt nur noch der formelle Beschluß und bei 10 Proz. steht der Beschluß noch aus, während die restlichen 7 Proz. der Betriebe Genossenschaften sind. Im Rahmen der Bildungsbestrebungen ist die Errichtung einer besonderen Bauhüttenhochschule in Aussicht genommen, in der Kurse für Techniker, Geschäftsführer und Aufsichtsratsmitglieder abgehalten werden sollen.

Der zweite Berichterstatter Astor empfahl eine größere Konzentration der Betriebe in technischer, wirtschaftlicher und kaufmännischer Beziehung. Vor allem hält er die geistige Umstellung vieler Betriebsleiter für notwendig, die nach Aussage dem Betriebssozialismus huldigen. In der Aussprache betonte Baepflom die Wichtigkeit einer Auslese der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter, um eine enge Verbundenheit zwischen Arbeiter und Betrieb herzustellen.

Am Schluß der Montagtagung wurde der Beschluß des Aufsichtsrates und des Beirates, nach jeder Lohnzahlung einen Betrag von 1,2 Proz. der Lohn- und Gehaltssumme abzuführen, mit 100 gegen neun Stimmen gutgeheißen. Einstimmig festgelegt wurden die Bestimmungen über die Abführung und Verwendung der Gemeinschaftsrücklage in Höhe von 10 Proz. Gegen eine Stimme wurden die neuen Grundsätze und Richtlinien gebilligt, die die Zugehörigkeit sozialer Betriebe zur Bauhüttenbewegung usw. regeln.

**Sozialdemokratischer Bürgermeister.** In dem Harzort Braunlage im Freistaat Braunschweig fand am Sonntag zugleich mit der Landtagswahl die Wahl eines neuen Bürgermeisters statt. Die Wahl brachte dem sozialdemokratischen Kandidaten, dem Landtagsabgeordneten und Gemeindevorsteher Rudolf Hürstenberg, 1090 Stimmen, dem bürgerlichen Gegenkandidaten 834 und einem dritten Kandidaten 251 Stimmen.

Der deutsch-südwestliche Handelsvertrag hat ohne Debatte die Genehmigung der Stupichtina erhalten.

Der neue finnische Gesandte in Berlin, unser Parteigenosse Dr. Wacino Ruuska, hat sein Amt durch die übliche Vorstellung beim Präsidenten der Republik angetreten.

# Streik bei der Reichsbahn.

## Das Ausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt vorläufig geschlossen.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion verbreitet durch W.B. folgenden Bericht:

Heute (Montag) morgen hat die Belegschaft des Reichsbahnausbesserungswerkes Dresden-Friedrichstadt die Arbeit nicht angetreten, sondern ist der Aufforderung ihrer Führer zu einer Versammlung im Kristallpalast gefolgt. Daraus ist durch Aushang der Eisenbahnverwaltung bekannt gemacht worden, daß das Werk bis auf weiteres geschlossen wird. Als Grund ihres Verhaltens wird von der Arbeiterschaft angegeben, daß am Sonnabend zwei Arbeiter des Werks entlassen wurden. Beide hatten in einer ungesetzlichen Arbeiterversammlung aufsehende Reden gegen die Eisenbahnverwaltung gehalten.

Die Bezirksleitung Sachsen des Einheitsverbandes der Eisenbahner teilt hierzu mit: Am Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt bestehen seit einiger Zeit wesentliche Differenzen zwischen der Belegschaft und der Belegschaft über die Festsetzung der Bedingezelten. Die Belegschaft hatte Anordnungen getroffen, die auf eine ungerechtfertigte Herabsetzung der Bedingezelten hinauslaufen und im Widerspruch zu den zwischen den Tarifparteien vereinbarten Bedingezelten stehen. Von der Werkdirektion 4, Reichsbahndirektion Dresden, wurde dies zugegeben werden. Der Dezernent, Reichsbahnberrat Zugwürst, veranlaßte deshalb am 8. November die Belegschaft, vorschriftsmäßig zu verfahren. Trotzdem hat die örtliche Belegschaft weiter zugehalten, daß unvorschriftsmäßig verfahren wurde. Einzelne Werkbeamten gingen sogar soweit, entgegen den reichsgerichtlichen Bestimmungen, einen die Bedingezelten betreffenden durchaus sachlichen Anschlag des Betriebes raten zu entfernen. Der Reichsbahnberrat Zugwürst mußte später, nachdem er vom Vorstande des Anschlages Kenntnis erhalten hatte, selbst zugeben, daß in dem Anschlag nur das stand, was er mit dem Betriebsratsvorsitzenden Vogel besprochen hatte. Dieses

### tarifwidrige Verhalten der örtlichen Belegschaft

führte am 22. November zu einer spontanen Belegschaftsversammlung. Die Meldung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden in den „Dresdener Nachrichten“ Nr. 277, daß in der Hauptsache die Drohungen von Belegschaften zum Verstoß der Belegschaftsversammlung gegeben haben, ist falsch. Versteht sich ja die Werkdirektion 4 Dresden in ihrem Bericht zu, daß anherdem Vorwürfe gegen die Verwaltung erhoben wurden.

Trotz der sachlichsten Vorstellungen der Organisation hat die Reichsbahndirektion

### drei an der Belegschaftsversammlung beteiligte Arbeiter gemahnt.

Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes setzte sich daraufhin sofort mit dem Reichsbahndirektionspräsidenten Kluge in Verbindung, um die Differenzen zwischen Belegschaft und Werkdirektion in sachlicher und vernünftiger Weise beizulegen. Der Präsident Kluge war anfangs überhaupt nicht bereit, mit der gewerkschaftlichen Organisation zu verhandeln. Er will aber sachlich verstanden worden sein. In den Verhandlungen hat die Bezirks-

leitung alles daran gesetzt, die in sich weniger bedeutende Streitsache in einer auch für die Belegschaft tragbaren Form aus der Welt zu schaffen.

Der Reichsbahndirektionspräsident Kluge konnte jedoch keine entsprechende Lösung finden, da er anscheinend schlecht beraten war. Der Reichsbahnberrat Zugwürst war wohl über die Vorkorgänge nach dem 8. November nicht genügend unterrichtet, und scheint daher zu einer

### völlig unrichtigen Beurteilung des Streikfalles

gekommen zu sein. Nur die Entlassung eines der drei Arbeiter wurde wieder rückgängig gemacht.

Die hündige Erklärung des Reichsbahndirektionspräsidenten Kluge, daß es bei der getroffenen Entscheidung bleiben müsse, hat dazu geführt, daß die Belegschaft des Werkes am Montag früh reiflos

### in einen Solidaritätsstreik

für ihre zu Unrecht gemahnten Arbeitsbrüder eingetreten ist. Die über 1300 Mann starke Belegschaft hat ohne Unterschied der Organisation sich mit den Gemahnten solidarisch erklärt und fordert ihre Wiedereinstellung.

Die gewerkschaftliche Organisation, der Einheitsverband, hat den Streikenden als selbstverständlich erklärt, daß sie geschlossen hinter dieser Solidaritätsaktion steht. Eine Bezirkskonferenz der Güterbodenarbeiter am Sonntag in Riesa hat sich nach erfolgtem Streikbeschlusse mit den Gemahnten ebenfalls solidarisch erklärt. Für die Eisenbahner des Reichsbahndirektionsbezirk Dresden (Sachsen) gibt es nur einen Gesamtbetrieb, und in diesem Gesamtbetriebe tritt die Solidarität aus als oberster gewerkschaftlicher Grundsatz.

Der vorstehende Bericht wurde abgefaßt, bevor die Entscheidung der Reichsbahnverwaltung, das Werk zu schließen, getroffen war. Es ist nach allem höchst wahrscheinlich, daß die Aussperrung nicht den gewünschten Erfolg einer abschreckenden Wirkung hat, sondern zur

### weiteren Ausdehnung des Konfliktes

führen wird. Die Stimmung unter den Eisenbahnern ist ohnehin sehr gespannt.

Anstatt den Prestigezustandpunkt in den Vordergrund zu stellen und sich darauf zu verstehen, hätte die Direktion in Dresden sicherlicher besser daran getan, die Beschwerden der Eisenbahner abzustellen. Wenn in einer aufgelegten Versammlung wirklich ein paar Worte fallen, die nicht auf der Goldwaage kontrolliert wurden, so ist das noch kein Grund, bis Sänder auf Pflaster zu werfen und die ganze übrige Arbeiterschaft dadurch zu brütieren und herauszufordern.

Im richtigen Umgang mit Arbeitern und ihren Vertretern erscheinen die Herren von der Reichsbahnverwaltung noch wenig Übung zu haben, sonst konnte es zu diesem Streik und der folgenden Aussperrung nicht erst kommen. Wird der Streik nicht auf dem schnellsten Wege beigelegt, dann können seine Früchte sehr leicht ins Publikum der Reichsbahn fallen. Dies zu verhindern, führt wahrlich die Mühe!

Das Reichsarbeitsministerium hatte seinerzeit die Forderung der Arbeiter, den Schiedspruch nicht verbindlich zu erklären, da in ihm die Affordlohnfrage nicht geregelt sei und infolgedessen Kompensationen zu erwarten wären, unberücksichtigt gelassen. Der Spruch wurde für verbindlich erklärt und plötzlich erhöht die Unternehmer im Widerspruch zu ihren eigenen Lamentationen nach der Verbindlichkeitserklärung in vielen Fällen die Affordlohnfrage zum höchsten Teil um denselben Prozentfuß, um den die Zeilöhne erhöht worden waren.

Das Vorgehen der Arbeitgeber hatte in der westfälischen Textilindustrie ein geradezu tolles Durcheinander geschossen und darüber hinaus fast alle Tarifverträge unmaß gemacht, da alle in diesen enthaltene Löhne nicht mehr den wirklich gezahlten entsprechen. Durch freiwillig gezahlte resp. betrieblich vereinbarte Prämien, Zulagen und dergleichen wurden fast auf der ganzen Linie höhere Löhne gewährt, als sie in den Tarifverträgen festgelegt sind.

Den berechtigten Forderungen der Arbeiter, die Tarifverträge wieder wahrzumachen und die wirklich gezahlten höheren Löhne tariflich zu verankern, setzen die Unternehmer den bestigsten Widerstand entgegen, so daß sich bei den Arbeitern der Glaube einstellen mußte, die Unternehmer wollten durch ihr Vorgehen den Arbeiterorganisationen den Boden entziehen.

Nun hat das Reichsarbeitsministerium das Wort. Es ist höchste Zeit, daß es seinen bisherigen Standpunkt in der Affordfrage ändert. Bei Beibehaltung der bisherigen Spruchpraxis würde das Schlichtungswesen jede Bedeutung verlieren.

## Die Krankentassenwahl in Köpenick.

Nachdem es in Neufölln zu einer Verständigung gekommen war, blieb nur die eine Wahl der Vertreter der Versicherten zum Ausschluß der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Köpenick übrig, die am Sonnabend vor sich ging. Die Christlichen konnten so ihre ganze Kräfte auf Köpenick konzentrieren und führten den Wahlkampf, unterstützt von den Hafentauern, mit allem Nachdruck.

Die Wahl ergab 2212 Stimmen für die freie gewerkschaftliche Liste 1 und 336 Stimmen für die Liste 2 (Christlich-national). Die Verteilung der Sitze im Ausschuss wird demnach 35 zu 5 sein. Im Vorstand erhielten die freien Gewerkschaften sieben Sitze und die Christlichen einen Sitz.

## Der Textilarbeiterstreik in Oberbaden.

Von den drei bestreikten Großunternehmungen in Zell im Wiesental ist die Arbeit am Montag früh in zwei Betrieben wieder aufgenommen worden. Die Arbeiterschaft dieser zwei Betriebe beschloß die Einreichung von Kollektivkündigungen. Eine weitere Ausdehnung haben die Arbeitseinstellungen bisher in Oberbaden nicht erfahren.

Die Verhandlungen für die Reichsarbeiter sind nicht auf den 8. Dez., wie es infolge eines Hörfehlers bei der Ueberrichtung in unserer Sonntagsausgabe heißt, sondern auf den 8. Dezember verlegt worden. Immerhin hätte das Reichsfinanzministerium die Unterlagen längst zur Verfügung haben müssen.

**Richard Seidel: Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.** Mit einem Abschnitt von Bernhard Göring über die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten. Amsterdam 1927. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 157 Seiten. Preis 1,50 M.

Diese lesen als Band 7/8 der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek vom IGB, herausgegebenen Schrift behandelt zunächst die Frühzeit der deutschen Gewerkschaften; sie schildert ihre ersten Erfolge und ihr Ende durch das Sozialistengesetz und gibt dann eine ausführliche Darstellung der Aufwärtseentwicklung vom ersten Kongress des Jahres 1892 bis zum Ausbruch des Krieges. Die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften während des Krieges und speziell auch die äußerst bedeutungsvolle und lehrreiche Entwicklung der Nachkriegszeit sowie die ohne allen großen Schwierigkeiten durchgeführte Anpassung an die neuen Verhältnisse werden eingehend behandelt.

Der Werdegang der deutschen Gewerkschaften ist nicht nur wegen ihrer zahlreichsten Fortschritte und ihrer Kämpfungs- und Kampfmethoden interessant, sondern auch wegen der ganzwichtigen Auswirkungen, die sie im Laufe der Jahre vornehmen mußten und auch ohne unnützes Jögern vorgenommen haben. Die Entwicklung vom machtlosen Wortradikalismus zur praktischen Gewerkschaftstätigkeit hat sich zuerst bei den deutschen Gewerkschaften durchgeführt, so daß man vielfach in anderen Ländern von einer „deutschen Methode“ spricht. Zunächst Gegner von zentralen Organisationen, hohen Beiträgen, Unterhaltungsanstaltungen, Tarifverträgen usw., wurden später gerade die deutschen Gewerkschaften deren Befürworter und Förderer. — Die Schrift von Seidel und Göring bildet eine wertvolle Ergänzung der in der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek bereit erschienenen Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Belgien, England und Schweden. Bestellungen für Deutschland bei der Verlagsgesellschaft des IGB, Berlin S. 14, Inselstr. 6.

**Zentralverband der Angestellten, Sektionen Nahrungsmittel, Genussmittel, Wirtschaftsgewerkschaften.** Mittwoch, 30. November, 19 Uhr, Solferinohaus, Kasselstr. 15, Zimmer 2. Vortrag: „Neuzeitliche Arbeiterbewegung.“

**Freie Gewerkschaften.** **Grupp Berlin.** Heute, Dienstag, 19. Uhr, tags in der Gruppe: **Frankfurter Kreis:** Gruppenheim Südliches Jugendheim, Planer Str. 15, Zimmer 2. Vortrag: „Führer der deutschen Arbeiterbewegung.“ — **Hamburg: Weg:** Gruppenheim, Fichtelbergerstr. 1. Vortrag: „Arbeiter, Unterhalter und ihre Organisations.“ — **Bismarck:** Gruppenheim Jugendheim, Kollwitzstr. 22. Vortrag: „Arbeiter.“ — **Leipzig:** Gruppenheim, Schulstr. 22. Vortrag: „Arbeiter.“ — **Berlin:** Gruppenheim, Kollwitzstr. 22. Vortrag: „Arbeiter.“ — **Humboldt:** Gruppenheim, Kollwitzstr. 22. Vortrag: „Arbeiter.“ — **Frankfurt:** Gruppenheim, Kollwitzstr. 22. Vortrag: „Arbeiter.“

**Angenbrannte des IGB.** Heute, Dienstag, Turnabend von 10—12 Uhr in der Turnhalle der Schule Guter Str. 9 (Richtung: Kollwitzstr.). Vortrag: „Arbeiter.“

## Verhandlungen in der Grobisenindustrie.

### Die Arbeitszeifrage als Lohnfrage gestempelt.

Heute treten in Eisen die Metallarbeiterverbände und der Arbeitgeberverband Nordwest zur Regelung der Lohnfrage für die rheinisch-westfälische Grobisenindustrie zusammen. Diese Verhandlungen bilden den Auftakt zur Neuregelung der Lohn- und Arbeitszeifragen in der Schwerindustrie. Wohl handelt es sich zunächst nur um Verhandlungen für Rheinland-Westfalen; die Regelung im Westen ist maßgebend auch für die Klärung der Lohn- und Arbeitszeifrage in den übrigen Grobisengebieten, wie Obersachsen und Sachsen.

Schon bei den kürzlichen Besprechungen im Reichsarbeitsministerium über die Durchführung der Arbeitszeifrage in den Hütten- und Walzwerken ab 1. Januar wurde die Lohnfrage vom Ministerium angedrängt. Damals war jedoch die Stellung der Arbeitnehmer zur Lohnfrage noch nicht völlig geklärt.

Das Reichsarbeitsministerium hat, wie verlautet, den Wunsch, daß das Lohnproblem so schnell wie möglich geregelt wird, weil nach seiner Auffassung die Arbeitszeifrage nur im Zusammenhang mit der Lohnfrage gelöst werden könne. Man müsse, so heißt es, genau wissen, wie sich die Gesamtelbstellung aus der Neuregelung der Lohn- und Arbeitszeifrage gestaltet. Es genüge deshalb nicht nur eine Klärung des sogenannten Lohnangebots und -ausgleichs, der mit der Durchführung des Achtstundentages in unmittelbarer Verbindung stehe, sondern man müsse auch über die Auswirkung der allgemeinen Lohn- und Arbeitszeifrage Bescheid wissen. Das Ministerium will also allem Anschein nach

### ein Kompromiß zwischen Arbeitszeit und Lohnfrage

schaffen. Selbstverständlich stehen Arbeitszeit und Lohnfrage in der Schwerindustrie wie in jeder Industrie in einem gewissen Zusammenhang, allein eine allzu enge Verquickung der beiden Fragen ist nicht unbedenklich. Die Arbeitgeber, die bei der Besprechung im Reichsarbeitsministerium sich das Geständnis entschlüpfen ließen:

## SDP. - Metallarbeiter!

### Besucht die

## Wahlkörper - Versammlungen!

„Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Achtstundentag, wir wissen, daß er kommt“, wollen sich das Unvermeidliche zum in der Lohnfrage möglichst teuer abkaufen lassen. Hier drohen Gefahren für die Arbeitnehmer.

Das Reichsarbeitsministerium, das bereits an den am Dienstag beginnenden Lohnverhandlungen den Kölner Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Veiten, als Beobachter teilnehmen läßt, muß wissen, daß

### ein faules Kompromiß keine Lösung

für die Schwerindustrie darstellen kann. Den Arbeitgebern ist der Ernst der Situation bereits gründlich klargemacht worden. Kommt es in der Lohn- und Arbeitszeifrage der Schwerindustrie nicht zu einer sozialen Regelung, d. h. zu einer anständigen Respektierung der Forderungen der Arbeiter, dann ist der schon seit längerer Zeit drohende Wirtschaftskampf im Westen da.

## Um das Schlichtungswesen.

### Notwendige Affordlohnregelung in der Textilindustrie.

Ueber die Affordlohnregelung in der Textilindustrie haben wir bereits im Laufe dieser Woche im Reichsarbeitsministerium Besprechungen hatten. Anah zu diesen Besprechungen gab eine Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes an den Reichsarbeitsminister, in der zu dem Fiasco der Schlichtungsinstanzen bei dem vor einiger Zeit für die westfälische Textilindustrie gefällten Schiedspruch Stellung genommen wird.

**Der Wahre Jacob**

1.

**Spricht:**

Stolz ruf ich aus: Mein guter Name ist werbeträftigste Reklame! Die Auflage beweist das schon — hilf mir zur ersten Million!

Werde auch Du Abonnent!

„Der Wahre Jacob“, das weltbekannte Witzblatt, kostet trotz erhöhtem Umlage nur 30 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbegehrendung.

**Größte Produktion der Welt!**

**OPEL**

**LJUERGENS**  
ALEXANDER PLATZ

**KLEINER ANZEIGEN**

In der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders stark und trotzdem **sehr billig!**

Kauf Strom nicht! Geht 1801. Einzelne Anzeigen ab 10 Pfennig.

**Levy- und Dauen-Deken**

Gute und billige ab 10 Pfennig.

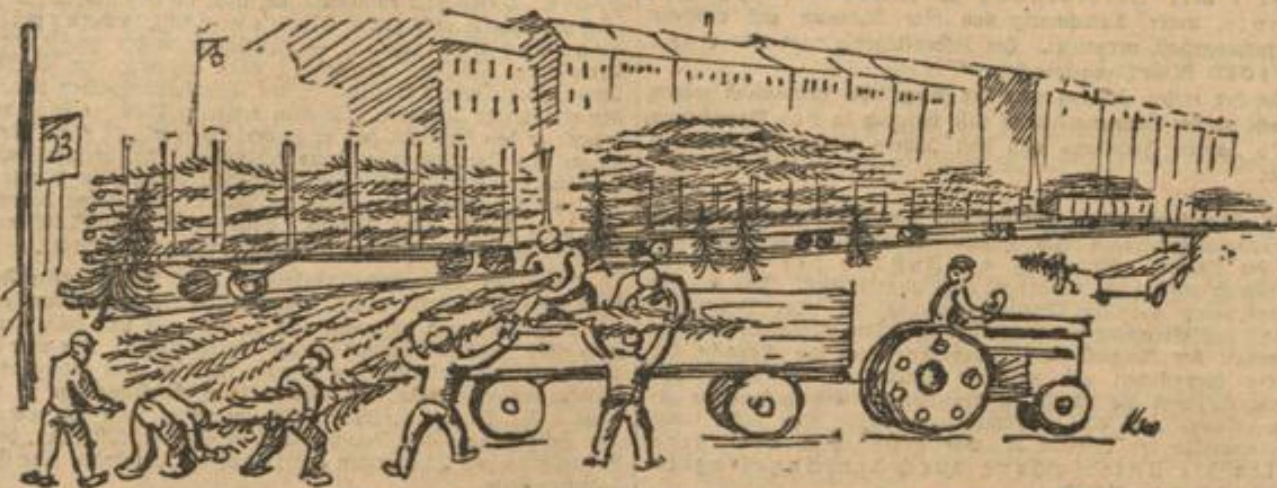
Levy- und Dauen-Deken: Berlin 4, Wollstraße 22, unweit vom Kaiserplatz.

Levy- und Dauen-Deken: Berlin 4, Wollstraße 22, unweit vom Kaiserplatz.

Levy- und Dauen-Deken: Berlin 4, Wollstraße 22, unweit vom Kaiserplatz.

Levy- und Dauen-Deken: Berlin 4, Wollstraße 22, unweit vom Kaiserplatz.

Die ersten Weihnachtsbäume in Berlin.



Berlin feiert Zeichen für den Beginn seiner Feste. Ostern kündigt sich an, je nach den Temperaturen, mit der Rode und besonders den neuen Frühjahrsbäumen...

Es gibt kein schöneres Bild als diese Weihnachtsbäume in der Stadt, die erst auf die Straßen und auf die Plätze wandern, ehe sie das Heim schmücken.

Vorkäufig sind die Bäume erst auf den großen Güterbahnhöfen abgerollt. Sie werden von Großkäufern an Ort und Stelle gekauft, die Kottanne mit ihren tiefen dunkelgrünen Blättern...

worben mit dem Kauf des Baumes bis zum letzten Tag in der Weinung, daß bei einem Ueberangebot die Bäume im Preis heruntergehen würden.

Die Streichung Wohnungsuchender. Sie soll rückgängig gemacht werden.

Es hat mit Recht großen Mißmut hervorgerufen, daß gelegentlich der im Mai dieses Jahres erfolgten Zahlung der Rechnungsuchenden diejenigen Personen, die nicht rechtzeitig die Fragebogen abgeholt und beantwortet hatten, aus den Berliner Wohnungslisten gestrichen wurden.

Dieser Antrag unserer Fraktion ist im Ausschuss einstimmig angenommen worden. Zweifelloos wird auch die Stadtverordnetenversammlung zustimmen.

Falsche Zwanzigmarkscheine im Umlauf.

Seit einiger Zeit wird eine Fälschung der 20-Mark-Reichsbanknote mit dem Ausgabedatum vom 11. 10. 1924 vertrieben. Sie ist im Buchdruckverfahren hergestellt und an ihrer schlechten Ausführung leicht zu erkennen.

von etwa 27 Jahren beschrieben. Die Fälschung ist an der mangelhaften und harten Wiedergabe des Frauenkopfbildnisses auf der Vorderseite der Note besonders leicht kenntlich.

Die Mutter als Verführerin.

Eine Familien-Diebesfahrt durch die Warenhäuser.

Wiederum stand gestern eine Mutter vor dem Schöffengericht Roabit, um sich unter der Anschuldigung, mit ihren drei Kindern, zwei Jungen von 12 und 6 Jahren und einem Mädchen von 11 Jahren, gemeinsam auf die Diebesfahrt gegangen zu sein, zu verantworten.

Trotz ihres früheren Gesandnisses suchte die Angeklagte jetzt alles gemeiner Weise auf die Kinder zu schieben. Sie will nicht gewesen sein, als die Tasche entleert wurde.

Das Schöffengericht hielt die Angeklagte des Diebstahls für überführt, verurteilte sie aber wegen des geringfügigen Gegenstandes zu nur 6 Wochen Gefängnis.

Akademiker und Arbeiterbewegung.

Im Reichstagsgebäude sprach auf Einladung der sozialdemokratischen Studenten der Oberregierungsrat Genosse Joachim über: „Akademiker und Arbeiterbewegung“.

Die äußerst rege Diskussion, an der sich Studenten verschiedener Richtungen beteiligten — Jungdeutsche und Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten — gaben dem Vortragenden Anlaß, in seinem zusammenfassenden Schlusswort einer ganzen Reihe von Unklarheiten und unfertigen Ansichten entgegenzutreten.

50]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

„Ich sehe nichts, Olsch, wo sind sie?“ Polja kniete nieder und rückte zum Dreifuß. „Sst... es klang wie eine gespannte Saite.“

„Einmal haben dich du mir abgerissen, du Bär.“ „Sich ruhig, wie ein Frosch...“

„Ich werde ihn sofort erschießen, Olsch...“ Poljas Hände zitterten, in ihrem Gesicht sah man nur ihre Augen.

„Versuchs nur, ich erschlage dich...“ Olsch kroch über die Steine, sich hinter den Sträuchern versteckend, zu den Ruinen.

Der Kosak blieb stehen, riß erschrocken den Kopf in die Höhe und hob sein Gewehr. „Ducke dich und verschwand wieder.“

„Ist es ihm gelungen, wegzulaufen, oder hat er den...“

Kosaken bemerkt und wartet? Wird der Kosak Olsch in seine Nähe kommen lassen oder ihn töten? Poljas Zähne schlugen leise aufeinander.

Sie hatte den Schuß nicht gehört, die Luft schlug ihr nur lautlos entgegen, von dem Gipsel in den Abgrund hinunter, und Felsensplitter stürzten auf zertrümmerten Blättern.

Polja lief mit ihrem Gewehr mit großen Schritten zwischen den Felsen. Dorthin, wo Olsch war. Sie sah keine Spuren von ihm, sie brannten ihr aber unter ihren Füßen.

Vor den Felsen, die Sträucher zerstampfend, wanden sich in wildem Kampf Olsch und der Kosak, ineinandergedrückt wie zwei Wölfe.

Mit wahnwitzigen, herausquellenden Augen, das Gesicht mit Schaum und Speichel beschmier, drehte der Kosak, plump wie ein Bär, das Gewehr wie einen Kreisel, und man sah, wie seine Muskeln sich anspannten und sich wie Beulen unter seinem Kosakenrock abhoben.

Und im selben Augenblick, als die Njehowa mit dem Gewehrkolben auf den Kopf des Kosaken zielte, würgte Olsch mit der rechten Hand seinen Hals und preßte seinen Kopf ans Gewehr und packte mit der linken seine Hand über dem Gelenk und zerdrückte sie mit hartem Griff.

in den Abgrund stürzen würden. Besinnungslos stieß Polja mit aller Wucht den Kosaken mit dem Gewehrkolben in die Rippen.

„Laß mich!... Ich ergebe mich...“ Olschs Hand rutschte vom Hals des Kosaken herunter und packte eifrig die andere Hand.

„Laß mich doch!... Ich kann nicht mehr...“ Polja packte Olsch an der Schulter und riß ihn zurück. „Naß, daß du von hier fortkommst, Olsch!...“

Olsch sah sie über die Schulter mit nichtverstehenden Augen an und ließ die Hand des Kosaken los. Seine Brust blähte sich auf, zerriß fast die Militärbluse und hob die Schultern bis zu den Ohren.

„Ha, Ihr Teufelsheelen, wollt einen Kosaken zur Hölle schicken!...“ Schrie auf, wie die Kosaken bei ihren Reiterturnierübungen zu schreien pflegen, und stog in wildem Anlauf, sich überschlagend, in den Abgrund.

Olsch lief zum Felsen und sah nur einen Augenblick, wie der Körper des Kosaken tief unten über Steine hinunterpurzelte, an den Felsenkanten anschlag, sich in der Luft drehte, wieder abprallte und hin und her geschleudert wurde.

Poljas Hand riß ihn wieder vom Abgrund weg. Und plötzlich hörte Olsch die klirrende Explosion der Felsensplinter, sah einen Regen von Steinen, Staub und Splinter.

Olsch sprang zu Polja zurück, mit wilden Augen hob er die Faust gegen sie: „Ich werde dich schlagen...“

(Fortsetzung folgt.)





# Zeure Brifetts.

## Lage der Kleinhandler. — Rationalisierung des Kohlenhandels.

Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik hat mit einem Erfolg der Bergarbeiter geendet. Aber es geht noch ein Kampf darum, wer die Lohnherhöhung tragen soll. Die Frage der Brifettpreiserhöhung ist noch nicht endgültig geregelt. Ein Preiserhöhungsantrag liegt zwar nicht vor, er ist aber offenbar von der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie nur mit Rücksicht auf jene Untersuchungen zurückgestellt, die das Reichswirtschaftsministerium veranlaßt hat und in denen festgestellt werden soll, wie die Lohnherhöhung ohne eine Erhöhung der Preise zweckmäßig verteilt werden könnte. Ueber die Möglichkeiten weitreichender Rationalisierung und damit Selbstkostenenkung im Bergbau ist kein Zweifel. Ebenso ist aber auch eine Rationalisierung und Selbstkostenenkung bei den Syndikaten, Syndikatsgesellschaften, dem Groß- und Kleinhandel denkbar und möglich. Unsere Feststellung vom 22. Oktober, daß bei einem Kleinhandelspreis von 1,80 M. in Berlin und einem Verkaufspreis von 77 Pf. für einen Zentner Brifetts die Kosten für die Verteilung bis zum letzten Konsumenten ein Skandal und unerträglich seien, hat in Händlerkreisen stark verärgert. Mit einem gewissen Anschein von Recht in dem Falle, daß wir die Spanne von 1,03 M. als Verdienst der Händler bezeichnet hätten. Das ist uns natürlich nicht eingefallen, denn wir haben nur von der volkswirtschaftlich unsinnigen Brifettverteuerung gesprochen, soweit die tatsächlichen Kosten der heutigen Kohlenverteilung eine solche Kluftspanne erzeugen.

### Die Kostenrechnung des Kohlenhandels.

Von den Berliner Kohlenhändlern ist eine Rechnung über die Kosten aufgemacht worden, die bei dem Preis von 1,80 M. für den Zentner Brifetts in Anrechnung gebracht werden müssen. Es handelt sich dabei um eine Rechnung, bei der offenbar ein Monatsverkauf von 1200 Zentnern zugrunde gelegt ist. Dieser Rechnung fügen wir noch eine zweite hinzu, wie sie uns von einem Kleinhandler überhandelt wurde. Die Berechnung versteht sich ab Platz frei Keller für 1 Zentner Brifetts.

Öffentliche Angabe:	Privater Einzelhändler:
Grubpreis 77 Pf.	Grubpreis . . . 77 Pf.
Fracht und Badgebühr 28	Fracht . . . 28,75 "
Ranto 3	Ranto . . . 3,17 "
Transport u. Gespann 26	Abfuhrkosten . . . 19 "
Lagermiete . . . 7	Arbeitslohn . . . 18,33 "
Arbeitslohn . . . 18	Umsatzsteuer . . . 1,35 "
Umsatzsteuer . . . 1,25	Ruhen, Riete, Unkost. 32,40 "
100,25 Pf.	180,00 Pf.

Bei der zweiten Tabelle ist zu beachten, daß die etwas andere Berechnung im letzten Posten Ruhen, Riete und Unkosten zusammenfaßt, während die erste Berechnung den Ruhen und die engeren Geschäftskosten des Händlers ausläßt. Sowohl die Verbände der Kohlenhändler als auch jeder einzelne Händler behaupten nun, unmöglich billiger arbeiten zu können, weiterhin daß die Gewinne niedrig seien. Allerdings muß hier sofort bemerkt werden, daß die Verdienste des Kohlenhändlers sich nicht auf die tatsächliche Spanne beim Brifettpreis beschränken, sondern daß bei fast allen Kohlenhändlern Verdienste im Holz-, Holz- und Steinkohlenhandel außerdem hereinkommen.

### Was beweist die Rechnung?

Selbst wenn die von den Interessenten hier angegebenen Ziffern stimmen, so wäre tatsächlich nicht das geringste darüber gesagt, ob die Organisation der Kohlenverteilung so rational ist, wie sie sein könnte, mit anderen Worten, ob der Brifettpreis bei einer rationelleren Organisation des Kohlenhandels nicht erheblich niedriger sein könnte. Sieht man die Erfahrungen rational organisierter Großbetriebe des Kohleneinzelhandels an, so ergeben sich Möglichkeiten für sehr viel niedrigere Kohlenverteilungskosten. Nimmt man an, daß von 1200 Zentnern zwei Drittel direkt vom Bahnhof zur Kundschaft gebracht werden, was für einen Großbetrieb natürlich ist, und ein Drittel vom Lager zur Kundschaft, so ist eine Selbstkostenhöhe von 145 bzw. 159 Pf. im Durchschnitt also pro Zentner 151 Pf. statt der in der ersten Rechnung vorliegenden 180 Pf. möglich. Es ermäßigen sich die Bruch- und Abrieboverluste, es verringert sich der ansehnliche Arbeitslohn, weil die Leistung pro Arbeiter im rationelleren Großbetrieb höher ist, die Fahr-, Lager- und Ladeeinrichtungen können besser ausgenutzt werden. Sicher ermöglicht also eine rationalere Organisation der

## Wichtige Entscheidungen im RWE.

### Zur kommenden Generalversammlung.

Die zunehmende Spannung zwischen der privaten und der öffentlichen Wirtschaft, die bisher nur sorgfältig verhüllt, aber nicht mehr zu leugnenden Absichten des Privatkapitals, seinen Einfluß auf die öffentlichen Werke stark auszudehnen, hat die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen stark in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Das gilt insbesondere für das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das wir kürzlich zur Darstellung der kritischen Lage in den gemischtwirtschaftlichen Betrieben, soweit die öffentliche Kontrolle in Frage kommt, beispielhaft kritisiert haben. In den am Mittwoch stattfindenden Sitzungen des Aufsichtsrats und der Aktionäre stehen nun wichtige Dinge zur Verhandlung, bei denen sich zeigen muß, ob die demokratische Kontrolle im gesamtwirtschaftlichen Interesse auf dem Posten ist oder nicht.

Am Aufsichtsrat soll u. a. über die Verträge zwischen dem RWE und der A. G. für Kohleverwertung beschlossen werden, die bekanntlich die Abtretung der Fernleitungen des RWE an die A. G. für Kohleverwertung zum Gegenstand haben. Die Dinge liegen so, daß hier ein wertvoller Behelf aus einem gewirtschaftlichen, von der öffentlichen Hand aber stummendehlig beherrschten Unternehmen in ein rein privates Unternehmen übergeführt werden soll. Dieser Übernahmevertrag von überwiegend öffentlichem Besitz an die Privatwirtschaft ist um so wichtiger, als nach den neueren Nachrichten die A. G. für Kohleverwertung nicht mehr, wie es ihre letzte Denkschrift behauptet hat, gemischtwirtschaftlich aufgezogen werden soll. Ausbaufähiger, öffentlich kontrollierter Besitz, dessen Wert viel mehr in der Zukunft als in der Gegenwart liegt, soll also privatisiert werden. Dazu kommt, daß der Vertrag des RWE den Ferngasplänen der Ruhr, die sich bekanntlich gegen die Kommunen richten, unmittelbar Vorstufe und leisten. Ohne daß die A. G. für Kohleverwertung nötig hätte, neue Kosten zum Leitungsbau aufzuwenden, und weil sie Zinsdifferenzen dabei erspart, wird die A. G. für Kohleverwertung zum Schaden des RWE in die Lage versetzt, etwa Ruhrgas beziehenden Städten und Werken billiger anbieten zu können, als das bei der Errichtung eigener Leitungen zu heutigen Preisen und Zinsen möglich

Kohlenverteilung sehr erhebliche Ersparnisse, besonders wenn man berücksichtigt, daß die erteilte Organisation und auch die Überwachung der Durchführung der Kartellbedingungen durch nicht unerhebliche Beiträge die Verteilungskosten noch erhöhen.

### Die soziale Lage der Kleinhandler.

Nun soll keineswegs behauptet werden, der Klein- und Kleinshändler, deren es ja mehrere tausend in Berlin gibt, verdiene zuviel. Es ist kein Zweifel, daß ein Teil der Berliner Kohlenhändler eine armenhafte Existenz führt. Aber damit ist keineswegs Argument gegen eine vernünftigeren Organisation des Kohlenhandels und gegen die überhöhten Kosten der Kohlenverteilung gegeben. Es ist uns sehr willkommen, daß uns ein Berliner Kleinshändler nach seinen privaten Berechnungen, deren Richtigkeit wir natürlich dahingestellt sein lassen müssen, einige Einkommensberechnungen für Kleinhandler gibt. Die Verdienste von drei Händlern, die 1200, 800 und 400 Zentner Brifetts im Monat umsetzen, werden dabei dem Lohn eines Berliner Kohlenarbeiters gegenübergestellt. Danach ergibt sich

	Mit Steuern und Beiträgen	Nach Abzug derselben
Bei monatlich 1200 Ztr. Brifetts ein Verdienst von (ohne Arbeiter) (wenn 1 Arbeiter beschäftigt wird)	483,64 M.	417,95 M.
Bei 800 Ztr. Brifetts (ohne Arbeiter)	292,52 "	222,87 "
Bei 400 Ztr. Brifetts (ohne Arbeiter)	156,86 "	" "
Dagegen verdient der Kohlenarbeiter	240,- "	212,40 "

In diesen privaten Angaben, die wir ohne Kritik wiedergeben, wäre natürlich manches zu berichtigen. So scheint bei den Ausgaben auch ein Mietanteil für die Privatwohnung, für privaten Licht-, Reinigungs- und Heizungbedarf mit eingerechnet, und nicht eingerechnet sind, wie gesagt, Verdienste am Steinkohlen-, Holz- und Koksverkauf (auch Fuhrten usw.). Weiter wäre zu sagen, daß die Kohlenmengen, die von diesen Geschäften bewegt werden, sehr viel niedriger liegen, als die eines Vollarbeiters in einem rationalen Betrieb.

Sedenfalls hätte schon der Kohlenhändler mit 1200 Zentnern Monatsumsatz nur dann ein sorgenfreies Leben, wenn er keinen Arbeiter beschäftigt, der mit 800 Zentnern dürfte keinen Arbeiter beschäftigen, wenn er etwa ebensoviele verdienen müßte, wie der Kohlenarbeiter selbst, und der mit monatlich 400 Zentnern müßte in der Tat ein Elendsleben führen, wenn die aufgemachte Einkommensrechnung richtig ist, was wir ja nicht untersuchen wollen.

### Sozial und wirtschaftlich unhaltbar.

Wenn man nun aber nach einem wirklich schlagenden Beweis suchen würde, weshalb die Kohlenverteilung in der Tat so teuer ist und weshalb eine rationale Organisation des Kohlenhandels eine unbedingte Notwendigkeit ist, so würde er gerade mit dieser Gegenüberstellung der Lage des Kohlenarbeiters und Kleinshändlers geliefert. Im Kohlenhandel entscheidet für den Preis und die Kosten nicht die Konkurrenz, sondern der Preis liegt fest und Unterlieferungen werden mit Konventionen abgedeckt. Nur der Zugang zur Kohlenhändlerartigkeit ist frei, und so werden Elendsexistenzen geradezu gezüchtet. Die Großen verdienen reichlich, die Kleinen werden auch dann über Wasser gehalten, wenn sie eine Elendsexistenz führen. Weil aber diese Elendsexistenzen möglich sind, wird auch der Zustand gefördert, daß die kleinen Selbständigen im Kohlenhandel sehr viel weniger pro Arbeitsstunde und Arbeitstag leisten und umsetzen als wie ein Kohlenarbeiter in einem rationell geleiteten größeren Betriebe vermag. Es besteht also die Gefahr, daß das Vorhandensein von Kartellisten zum Ausgangspunkt genommen wird, um den Brifettpreis hochzuhalten. Eine an sich traurige soziale Wirklichkeit wird von den Interessenten zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit umgestempelt.

Kein Beweis ist dafür geliefert, daß die Kohlenverteilungskosten bei vernünftiger Organisation nicht erheblich gesenkt werden könnten und dafür, daß die bisherige volkswirtschaftlich ungeheuer teure Kohlenverteilung eine unabänderliche Notwendigkeit ist. Das Gegenteil ist höchst wahrscheinlich, und wenn die Angaben über die Verdienste der kleinen Händler wirklich richtig sind, so wäre es eine soziale Bohheit, wenn man sie von der Elendsexistenz, die sie nach eigenen Angaben führen, befreien und zu besser verdienenden Kohlenarbeitern machen würde.

wäre. Es ist keineswegs so, daß der Ferngasbetrieb des RWE, von dem Unrentabilität behauptet wird, unrentabel sein muß. Es ist vielmehr anzunehmen, daß bei den Gaslieferungsverträgen für die Industrie mit den Preisen so nahe an den Selbstkosten geblieben wird, daß nicht viel verdient wird. Die Hauptunterstützung der A. G. für Kohleverwertung liegt aber darin, daß das RWE von ihm selbst erworbene Wegerechte, auch solche, die noch nicht für Leitungen ausgenutzt sind, mit der bestehenden Fernleitung an die A. G. für Kohleverwertung übertragen könnte. Auf diese Weise würde auf bestem Wege der Haupttrumpf, den die öffentliche Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft in der Hand hat, nämlich die Verfügung über das Wegerecht, der Privatwirtschaft in die Hand gespielt.

Ähnlich ernste Dinge werden in der Generalversammlung behandelt, wobei viel weniger die Höhe der Dividende in Frage steht, als u. a. die Konsequenzen, die sich in der Zukunft aus der Beseitigung der Vorzugsabstände für die Namensaktion ergeben können. Kapitalmäßige Vorteile im Augenblick brauchen durchaus nicht ein Merkmal dafür zu sein, daß das Geschäft auch in seinen zukünftigen Auswirkungen vorteilhaft ist. Auch sonst bestehen Konfliktmöglichkeiten, bei denen für die Vertreter der öffentlichen Hand Nachsicht erforderlich ist.

Die Kommunen und Kreise tragen also bei den Verhandlungen im Aufsichtsrat eine große Verantwortung. Auch für die Vertreter des Reiches und Preußens im Aufsichtsrat des RWE besteht die Pflicht, im öffentlichen Interesse auf das Allsorgfältigste ihre Stellungnahme zu überlegen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, daß sie private Interessen den öffentlichen Interessen voranstellen.

## Die Zukunft der Kohleversärfung. Gesteigerte Kohlenaussbeute. — Bald sinkende Deeseinfuhr?

Die Versuche des deutschen Gelehrten Dr. Bergius seit 1912 und seit 1925 den Zusammenhang der Bergiusgruppe mit der A. G. Farbenindustrie haben heute dazu geführt, daß Kunstöl aus Kohle fabrikmäßig, d. h. in beliebigen Mengen herzustellen ist. Jetzt erfährt man, daß die Ausbeute auf 650 Kilogramm

(gegen bisher 490) Kohlenöl pro 1000 Kilogramm Kohle gesteigert worden ist. Dieser Fortschritt auf dem Gebiete der Kohlenchemie ist groß. Jedes Automobil, das in Deutschland in Gebrauch genommen wird, erfordert eine Deeseinfuhr pro Jahr in Höhe von einem Viertel bis einem Drittel seines Preises. Während für das Jahr 1927 mit einer Deeseinfuhr von rund 1,4 Millionen Tonnen gerechnet wird, dürfte sich der Import bis zum Jahre 1929 auf 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen und bis 1932 auf etwas über 2 Millionen Tonnen steigern.

Kürzlich machte Generaldirektor Brückmann von der A. G. Farben in einem Vortrag der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft nähere Angaben über den Stand der Kohlehydrierung. Obwohl z. B. die Anlage in Weuna betriebsfertig ist, hat es bisher die A. G. Farbenindustrie vermeiden, Daten zu nennen. Auf Leuna, wo Braunkohle, und auf Duisburg-Weidrich, wo Steinkohle verarbeitet wird, rechnet man in 2 Jahren mit einer Produktion von mindestens 250 000 Tonnen Kunstöl. Brückmann rechnet damit, daß die Steigerung der deutschen Deeseinfuhren Kurven ungefähr im Jahre 1932 aufhört, dem ein Beharrungszustand und dann ein schnelles Fallen der Einfuhr folgen soll.

Hinsichtlich der Rentabilität der Kohlehydrierung legte Dr. Brückmann dar, daß die Anwendung bei der Herstellung einer Tonne Kunstöl rund 71 Mark betragen dürfte. Den Erlös für diese Tonne Kunstöl nahm er mit 141 Mark an. Danach bleibt ein Gewinn von rund 70 Mark. Wenn man davon 20 Mark für die Bildung von Reserven usw. abzieht, wie das Brückmann in seinem Vortrag empfahl, ergibt sich immer noch ein Gewinn von 50 Mark pro Tonne Kunstöl. Das ist eine 25prozentige Verzinsung, da die Anlagelkosten für eine 50 000-Tonnen-Anlage (Duisburg-Weidrich) 10 Millionen und die Anlagelkosten für eine 200 000-Tonnen-Anlage (Leuna) 40 Millionen Mark betragen. Der Gewinn bei Verarbeitung der Braunkohle stellt sich natürlich höher, weil die Gewinnung der Braunkohle mehr mechanisiert ist als die Gewinnung der Steinkohle und weniger Arbeitslohn verschlingt. Brückmann nimmt ihn, nach Abzug der Reserven, mit 70 Mark pro Tonne an.

Ohne Zweifel werden wir mit Hilfe der Kohlehydrierung in absehbarer Zeit eine neue Großindustrie entwickeln. Bedenklich ist nur, daß einem kleinen privatkapitalistischen Kreise dadurch neue Wachstumsmittel in die Hand gegeben werden. Ob einer weiteren Verschärfung der imperialistischen Tendenzen durch das synthetische Öl und die Unabhängigkeit von der Deeseinfuhr vorzubeugen ist, ist abzuwarten. Wahrscheinlich ist es nicht. Denn was weniger eingeführt wird und mehr verdient wird, wird zunächst den deutschen Wirtschaftsimperialismus stützen. Dessen Kontrolle ist die Frage einer aktiven Demokratie, die nur durch die Macht der Arbeiterklasse möglich ist.

Plötzlich soll die Bamag übernehmen. Wir haben kürzlich die Bilanz der Bamag-Reguin-A. G. besprochen, der großen Berliner Maschinenbaufirma, die sich durch falsche Ausdehnung in große Verluste gebracht hat und nach der Zusammenziehung des Kapitals auf etwa die Hälfte durch Kapitalerhöhung neue Gelder sucht. Jetzt wird von der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß die neuen Aktien von der Berliner Pütsch A. G. erworben werden sollen, die damit zur Beherrscherin der Bamag-Reguin A. G. würde. Die Pütsch A. G. arbeitet bekanntlich stark im Gas- und Gasermittlungs- und ihre Produktion würde in der Tat durch die vielfach gleichlaufende der Bamag-Reguin A. G. ergänzt werden. Interessant ist aber, daß die Pütsch A. G. den großen Aktienkauf vornehmlich über 5 Millionen ohne Kapitalerhöhung und mit wenig Krediten durchführen soll. Damit würde eine alte Frage der wenigen ausherrschenden Aktionäre der Pütsch A. G. (die fast ausschließlich Familienbesitz) bestätigt, daß die Firma Pütsch viel mehr verdient als sie in den Bilanzen ausweist und in den Dividenden ausgeschüttet. Das werden nicht nur die Aktionäre, sondern auch die Belegschaften mit großem Interesse hören.

Thyssen macht in Kunstseide! Säumt das? Es wird gemeldet, daß die Aetol, Deutsche Kunstseidefabrik A. G., von der Stadt Freiburg ein großes Gelände erworben hat, um dort eine Kunstseidefabrik zu errichten, die im nächsten Herbst mit 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen ihre Tätigkeit aufnehmen soll. Wertwürdig muß die Meldung berühren, daß im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft Dr. Fritz Thyssen (Mülheim) vertreten sein soll. Es wäre neu, daß sich die Familie Thyssen und damit die Vereinigten Stahlwerke und die Ruhrmontanindustrie in der Kunstseideindustrie betätigen würden. Es wäre auch sehr pikant, wenn das geschähe, denn in der Kunstseide hat die I. G. Farben die allergrößten Interessen. Man darf auf die Antwort etwas gespannt sein, die diese Meldung bei der Schwerindustrie hervorgerufen wird.

Wie deutsch-österreichische Zusammenarbeit sabotiert wird. In Desterreich hat man bekanntlich energisch daran gearbeitet, für die Sparposten wie auch in Deutschland eine Girozentrale zu schaffen. Das geschah unter nachdrücklicher Förderung durch die Deutsche Girozentrale, die sich bereits hat, von dem fünf-Millionen-Schilling-Kapital 20 Prozent zu übernehmen, allerdings sollte der Einfluß der Deutschen Girozentrale, um die Zusammenarbeit zu fördern, 26 Prozent der Gesamtsitze umfassen. Diese in jeder Hinsicht begrüßenswerte Entwicklung wird nun vom österreichischen Privatkapital und scheinbar auch von bürgerlichen österreichischen Ministern sabotiert. Finanzminister Dr. Kienböck und die Leitung der österreichischen Nationalbank wollen die entscheidende Kontrolle ausschließlich in österreichischen Händen wissen, und dahinter steht offenbar das Interesse der Bodentreditbank in Wien, die seit Jahr und Tag bereits die österreichischen Sparposten in die Hand zu bekommen versucht. Diese Sabotage erfolgt, obwohl die große Mehrheit der österreichischen Sparposten entschieden gegen die Beteiligung einer privaten Großbank ist. Der Fall ist charakteristisch dafür, wie private Herrschafts- und Sonderinteressen volkswirtschaftliche und nationale Gesamtinteressen in Desterreich mit Füßen treten, obwohl gerade das Privatkapital die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland und den rationalen Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft in Ordnung zu haben behaupten.

Die Einlagen bei den preussischen Sparposten. Wie wir der „Deutschen Sparpostenzeitung“ über den Einlagenstand bei den Mitgliederverbänden sämtlicher preussischer Sparposten entnehmen, betragen die Spareinlagen Ende Oktober zusammen 240,7 Millionen Mark. Der Zuwachs belief sich auf 58,6 Millionen Mark, die Einzahlungen betragen 292,2 die Rückzahlungen 233,6 Millionen Mark.

Leistungserwartung der Pächterorganisationen. Die diesjährige Hauptversammlung des Reichsbundes landwirtschaftlicher Pächter fand im „Rheingold“ statt. Geheimrat Dr. Ebeling, der seit vielen Jahren als Hauptgeschäftsführer tätig ist, trat wegen seines Alters von dieser Tätigkeit zurück. Regierungsrat Benzel wird die Hauptgeschäftsführung des Reichsbundes zusammen mit dem des Damänenpächterverbandes übernehmen.

Erhöhung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation. Wie der Amliche Preussische Präsident der Anstalt der preussischen Landwirtschaftsmitteln auf eine kleine Anfrage mehrerer Landtagsabgeordneter antwortet, ist geplant, den Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation für das Rechnungsjahr 1928 von bisher 14 Millionen auf drei Millionen Mark zu erhöhen. Hieraus sollen auch — in ähnlicher Weise wie das schon jetzt aus den Siedlungsstellen des Reiches geschieht — Einrichtungen für anzujelende Landwirtschaftler gewährt werden.







Beim Weihnachtsmann.

Kinderberichte aus deutschen Spielwarendrfern.

Run liegt wieder in den Schaufenstern der Stadt das Spielzeug aller Art, das zum Kaufen einlädt und auf den weihnachtlichen Geschäftlichen Kinderherzen erfreuen soll. Da gibt es Puppen in allen Größen, alle erdenklichen Tierfiguren, Lebdobären, Brettspiele; da liegt auch unter Weihnachtsmännern und Engeln der stimmende Glanz des Tannenbaumes. Nicht wenig sind die aus Holz geschnittenen Sachen vertreten, die Männchen und Pappchen, die Bäckchen und Pferdchen, die Häuschen und Bäumchen. Manches davon ist außerordentlich zierlich und gebrechtlich und so klein, daß z. B. eine Lokomotive mit Tender und Güterwagen bequem auf einer Kinderhand fahren kann.

Die Kinderhand ist nicht ohne Absicht hier genannt; sie hat mit all den Sächchen mehr zu tun, als es im ersten Augenblick scheinen will. Denn diese Spielzeuge sind während ihrer Herstellung fast ausnahmslos durch Kinderhände gegangen, durch sie mitgeschliffen und poliert worden. Da sitzen sie in den Dörfern der deutschen Waldgebiete, im Thüringer Wald, in der Rhön, im Erzgebirge, die Kinder der Heimarbeit, gebüßt über Wertische, im Staub der Fräsen, vor heißen Stückflammen, hustend in Spiritusdunst oder Quecksilberdampf, bleich, hohlwangig, ausgemergelt, alle miteinander eingespannt in den fieberhaften Prozeß der Heimindustrie: diese willigsten und billigsten aller Arbeitsträger. So zerreiben und zerpfücken durch die Arbeitsteilung ist dieser Industriezweig, daß alle Glieder der Familie gleichzeitig mit beiden Händen dabei zu tun haben, ohne vom Essenstisch aufzustehen, ohne das Haus zu verlassen: Der Vater an der Drehbank oder Stanzmaschine, die Mutter beim Schnitzen, die größeren Geschwister bei Lössamme und Block; selbst für die ungeschicktesten Finger bleibt noch irgendeiner der vielen, vielen Handgriffe übrig, die nötig sind, ehe nur ein einziges Spielzeug oder Schmuckstück die häusliche Werkstatt verlassen kann.

Es ist die traurige Reihseite des glanzvollen Weihnachtsfestes, diese eigentliche „Werkstatt des Weihnachtsmannes“. Wohl sagen die Kleinen — und sie dünken sich wunder wie weise, daß sie damit dem Kindermädchen hinter die Schliche gekommen sind — „Es gibt gar keinen Weihnachtsmann“. Aber die Großen, selber in der Werkstatt Tätigen, haben es inzwischen erfahren: Es gibt doch einen! Und dieser Weihnachtsmann muß ein harter, geiger, immerfort antreibender, unerträglich Ausdauer sein! Ganze Dörfer, ja, ganze Provinzen stehen in seiner Fron, und Kindermarkt und -tränen sind ihm zu seinem Gedeihen gerade recht.

Kinder einer Bremer Versuchsschule (Helgoländer Straße) haben kürzlich den Versuch gemacht, einmal einen Einblick in die Werkstätten des Weihnachtsmannes zu gewinnen. Sie haben an die Kinder verschiedener Schulen, die im Mittelpunkt solcher Heimindustrieorte liegen, die Bitte gerichtet: Erzählt uns doch einmal, woher all der bunte Weihnachtseschmud kommt, wie er entsteht und was eure Arbeit dabei ist.

Der Widerhall, den diese Anfrage gefunden hat, war unerwartet lebhaft. Etwa 60 Berichte sind bis heute eingelaufen, geschrieben von Kindern und begleitet von Bildern und — Spielzeugen eigener Herstellung. Die eine Sendung zeigte den Werdegang der Puppe, von der gedruckten, gestanzten oder gegossenen Form bis zum fertigen verpackten Exportartikel, die andere beschränkte eine reiche Auswahl von hölzernen Spielwaren aus dem Erzgebirge. Die Kinderberichte beziehen sich auf die Orte Riedershausen und Seiffen im Erzgebirge, Reustadt bei Koburg und Unterweid (Rhön).

Diese kindlichen Berichte, von denen einige hier einen Platz finden sollen, sind in ihrer Art geradezu erschütternd. Nicht, daß sie das Elend der Heimarbeit nun grau in grau malten. Das wäre unkindlich und unverständlich. Sondern die schlichten Tatsachen, die sie arglos berichten, hin und wieder allerdings von einem klugen Wissen begleitet, rufen diese Wirkung hervor und lassen die bittersten Gefühle im Herzen aufsteigen: Das sind unsere Kinder, das ist ihr Jugendparadies, so ist es um unsere ethische Kultur, um die zum Ueberdruß gepriesenen Ideale der Menschlichkeit und Menschenwürde bestellt!

„Unser Städtchen (Reustadt bei Koburg) ist eine sehr schön, aber leider sehr arme Industriestadt“, so schreibt Franz E. „Denn nur nicht, daß in der Industrie viel verdient wird. So hatte zeitweise 1000 Erwerbslose. Bedenkt nur, eine Stadt mit 9000 Einwohnern 1000 Erwerbslose! Da kann man sich schon die Verhältnisse vorstellen. Bei dieser Industriearbeit muß nun alles, was zur Familie gehört, mithelfen, damit ein paar Pfennige verdient werden. Da hilft die Großmutter und der Großvater, die Mutter und der Vater und alle Kinder. Eines zieht die Puppe an, das andere packt sie usw., und so hat jedes seine Arbeit.“

Karl B. ergänzt die Angaben: „In unserer Industrie ist fast jede Familie tätig. Nur ein kleiner Beweis: Wir sind in der Klasse mit 27 Mann, darunter sind 21 Mann in der Industrie tätig!“  
Und nun erzählen die Kinder in einem schönen Beweise von Gemeinschaftsarbeit den Werdegang der Puppe: Die Arbeit des Druckers, der ein Gemisch von Sandmasse, Papp und Brotmehl in die Arm- und Beinformen brüht und hernach in Gussformen trocknet.  
„Bei uns muß alles gut gearbeitet werden.“ fügt der kleine Schreiber Edwin S. hinzu. „Aber gute Ware — schlechter Lohn. 3. B. für ein Dutzend Arme werden 7 Pf. bezahlt. (Ein Dutzend sind in diesem Falle 24 Stück). Es bleiben nur 2 Pf. für's Dutzend übrig, das macht die Stunde 20 Pf. Die anderen 4 Pf. kostet das Material. Wenn man alles genau berechnet, muß man betnahe noch draufsetzen, denn es ist eine ungelunte Arbeit.“

Run folgen die zum Teil äußerlich mühseligen Arbeiten des Gliebers, des Stanzers, des Antzeigers, des Malers und des Augenleigers, die alle Vorkarben ausführen, bis der „Läftungs-macher die einzelnen Teile der Puppe zusammenhängt. Eine eigene Kunst, die strengen Schritt hält mit der Mode, ist das Frisuren-machen. Hermann H. weiß darüber besser Bescheid, als manches buntköpfige Madel hier herum: „Es gibt da Bogen, Büffel, Gingeollte, Titus, Steppschittel, Bubi, Kofoto, Schrägshittel, Krepp usw. Man kann das alles wohl leicht beschreiben, aber was für Arbeit das macht, daran denkt ihr gar nicht. Es geht stundenlang und bei größeren Frisuren acht-mal durch die Hand. Ein Dutzend schlechte Puppenfrisuren kostet im Handel 1,50 W.; bei besseren Frisuren steigt der Preis bis 8,50 W.“

Die Wonne der kleinen Puppenmütter, das An- und Auskleiden der Puppen, für die Heimarbeitlerinnen ist es eine saure und schlecht gelohnte Mühe. Oberleib, Unterleib, Hals- und Armbeschlägen, Gürtel und Schmucl — alles will einzeln genäht und gesteckt sein.

Stigmatisierte in der Weltgeschichte

Von Dr. Julian Marcuse, München.

Das Kommerzreuther Mikatel hat ein Phänomen wieder entstehen lassen, das seit Anfang des 13. Jahrhunderts die Welt von Zeit zu Zeit erschüttert und vor ein scheinbar aus dem Jenseits übergreifendes Wunder gestellt hat. Die Stigmatisierungen\*) — Bildungen von Wundmalen nach Art der Wunden, wie sie von Jesus bei der Dornenkrönung, der Geißelung und der Kreuzigung an Haupt, an der Seite und an Händen und Füßen berichet werden — haben in der Geschichte der Menschheit mit Franz von Assisi an, der seine Wundmalen 1224 in effratich-dionöstem Zustande auf dem Monte Alverno empfangen haben soll. Dieser asketische Bettelmönd, dessen geängstigte Seele sich in die Weltabgeschiedenheit des toscanischen Spennin flüchtete, um dort in inbrünstiger Verzückung der Passion Christi zu leben, trug zum ersten Male die blutenden Stellen. So erzählten die Chroniken. Damit war der Anstoß zu seiner Selig- und Heiligprechung — zwei Päpste des 13. Jahrhunderts nahmen diese vor — und in der Folge zur Wiederholung dieses Vorgangs gegeben. Bei dem Charakterbilde eines Franz von Assisi ist von vornherein jeder Täuschungsversuch ausgeschlossen, aber sichere Belege der Male fehlen; den schon frühzeitig einsetzenden Zweifeln an der Echtheit der Wunden suchten verschiedene Päpste zu begegnen. In Zeitaltern, in denen die Einführung der Masse erfüllt war mit Vorstellungen überirdischer Anodenate, mußte diese Form höchster Intarnation hoch epidemisch, bald in Einzelfällen ihre Nachahmung und Wiederholung finden. Epidemisch tritt sie in der Etsiale der Selbstpeinigung von Salut. Médard im Anfang des 18. Jahrhunderts auf, wo die Darstellerinnen der Passion Christi unter den Augen der Zuschauer an den Stellen, die den Wundmalen Christi entsprechen, merkwürdige Zeichen blutiger Veränderungen aufwies. Eigentliches Blut-schwitzen wie oder erst eine Reihe von periodenweise auftretenden Fällen auf. Zu ihnen zählen als die bekanntesten die drei Tirolerinnen Maria Müri, Rosentia Altschütz und Maria Lazzari, ferner Anna Katharina Emmerich aus Dülmen bei Münster, Juliana Belskircher aus Ulrichskirchen, Maria Beatrice Schumann aus Pfarrkirchen und schließlich Luise Kateou aus Charleroi in Belgien. Sie gehören sämtlich dem 19. Jahrhundert an, und zwar vordemlich dem Anfang und der Mitte dieses Jahrhunderts. Betrugsabsichten oder Durchführung einer Selbstzerstörung der Male — derartige Fälle hat es natürlich allenthalben immer gegeben — sind bei den obengenannten Trägerinnen ausgeschlossen. Deren Echtheit und Beobachtungsmöglichkeiten des Jahrhunderts, dem sie entstammen, waren bereits gegebene Schranken.

Der Verlauf der Blutflüsse unterscheidet sich von den in Kommerzreuth beobachteten Vorgängen in nichts; er beginnt mehr oder minder an dem bestimmten Lebensstage der Passion Christi, legt mit einer effratich-dionöstem Verzückung ein, ist von visionären Vorstellungen begleitet und erreicht seinen Höhepunkt in der Steigerung der Verzückung. In sämtlichen Fällen wird von einer völligen Nahrungsenthaltung, mindestens aber von einer äußerst geringwertigen Nahrungsaufnahme berichtet. Bei den meisten war damit auch eine totale Enthaltung vom Schlaf verknüpft; auch darin bietet also Theresie Neumann von Kommerzreuth nichts Neues. Alle Genannten stammten aus ärmlichen bäuerlichen Verhältnissen, waren von frühester Kindheit an gemäß den Einflüssen ihrer Umgebung in strengster katholischer Obveranz erzogen — und

\*) Vergleiche auch W. Jacobi, Die Stigmatisierten (München 1923).

Ernst W. gibt darüber sachmännliche Auskunft: „Solch' ein einfaches Kleidchen geht fünfzigmal durch die Hand, ehe es fertig wird, und da ist das Abschneiden und Ummenden noch gar nicht berechnet. In einer Stunde macht man ein halbes Duzend solcher Kleidchen, und ein Duzend wird mit 25 Pf. bezahlt. Da könnt ihr euch vielleicht einen Begriff machen, was die guten Eltern alles tun müssen, ehe sie etwas verdienen.“

Ueberso leer geben die kunstreichen Schöpfer aus, die der Puppe die Wammsstücke und die Schlaufen einlegen, die den Weihnachts-engeln und Weihnachtsmännern zum Dasein verhelfen. Aller Glanz, alle Pracht geht in das Werk über, dem Wertmann bleibt nichts als die Mühe:

„Ja, davon kann ich euch ein Kleidchen zeigen“, bekennt Hermann C., wenn er die Bemalung der eben gegossenen Glasfiguren beschreibt. „Zuerst male ich die Rosen. Ist ein Brett Augen fertig, so füge ich die Blätter hinzu und zehne sie aus. Ihr wißt ja alle, wie das Malen geht, und ich will es nicht näher beschreiben. Hundert Duzend sind fertiggemacht und sollen noch schnell fort. Da herrscht ein Aufbruch. Groß und Klein ist fieberhaft tätig. Sind die Spielsche abgeschliffen, so kommen Beschlüsse darauf. Nun werden sie in Kartons gelegt, die Verferung ist fix und fertig und wird fertiggestellt. Soll am Sonnabend geliefert werden, so muß am Freitag bis spät in die Nacht hinein gearbeitet werden. Da fallen uns Kindern manchmal die Augen zu, denn Groß und Klein muß mithelfen, um die Ware fertig zu machen.“

Den Kindern des Erzgebirges sind die Augen über ihrem Heimarbeitlerend wohl noch nicht recht aufgegangen. Sie schreiben von ihrem „Spielwarenzauerdörferchen“ (Seiffen) mit all seinen wunderbaren Tiergeburtsstellen, Wackelenten, Dornbretttern, Schwächfüßern, Sparflächten und dem Tierreichtum der gesamten Schöpfungstage. Einer wagt sogar den Satz: „In der erzgebirgischen Orbeisphäre is halt socht.“ Vielleicht besitzen sie aber mehr Humor als ihre Leidens-genossen weiter weltwärts, und wissen mit einem Scherzwort über das Unangenehme und Schwere hinwegzukommen. „Guje! Ihr stinkt wider mal noch beim, ich möcht glei austreten, so stinkt“, ruft der kleine „Pappstump“ aus, aber er löst sich seine Arbeit beim Kartonschließen doch nicht verdrängen.

Wohl ihnen, daß sie die mageren Blüten des Humors noch zu pflücken wissen: die meisten Heimarbeitlerinnen verdienen das nur allzu bald. Das Wort der Weihnachtsverkündigen: Allen Menschen ein Wohlgefallen! gilt nicht für sie. Sie geben zwar; doch durch Heim- und Ainderarbeit (potzwillig geratene Spielzeug erscheint unzähligen Proletariaten als willkommenes Weihnachtsgabe für ihre Kleinen —, aber sie empfangen nicht. Und so stehen hinter dem Glanz des geschmückten Lichterbaumes ihre ersten, früh-alten Gesichter, eine eindringliche Mahnung für alle diejenigen, denen das Fest der Liebe kein leerer Schall sein will. Karl Danz.

nun tritt dazu als entscheidendes Moment ihrer späteren Geistes-richtung —, sie waren sämtlich schwer leidende Neurozentrate mit den ausgesprochensten Merkmalen der Hysterie. Maria Müri, die schon vom fünften Lebensjahre ab immer leidend war, verfiel mit 19 Jahren in dauernde Starrkrämpfe, verlor Sprache und Augenlicht, bei Maria Lazzari stellte der behandelnde Arzt bereits 1833 die Diagnose „Hysterismus“, die oben nicht ausgeführte Gemma Galgani, die 1899 Blut ausströmen ließ, litt an Lähmung aller Glieder, Verlust des Gehörs u. a. m. Der von allen diesen weltlichen Erscheinungen am einwandfreiesten beobachtete Fall ist der der Juliana Weiskircher, die im Juli 1890 ins Allgemeine Krankenhaus, Wien, übergeführt wurde und bei der im Laufe des dortigen Aufenthalts die periodischen Freitagabblutungen völlig verschwanden. Sie wurde später als geheilt entlassen und blieb in Wien.

Die katholische Kirche hat mit der Heiligprechung von Franz von Assisi die Tatsächlichkeit der Stigmatisierung als göttliches Wunder feierlich anerkannt und etwa weitere 62 Heiligprechungen dar-aufhin vollzogen. Aber da, wo Lauterkeit des Charakters und hohe Heiligstätt sich nicht mit dieser Transformation des gesamten Menschen vereinen, läßt sie auch den Weg für eine natürliche Ent-stehung und Erklärungsweise gewisser Stigmatisierungsfälle offen. Er mußte gegenüber der Tatsache, daß auch Frauenspersonen von unreinem Lebenswandel die Stigmata empfangen haben, beschränkt werden. Dem frommen Glauben gegenüber hat die Wissenschaft von jeher einen schweren Stand gehabt; abgesehen davon, daß man ihr jede Berechtigung absprach, in die „Genialität des Glaubens“ ein-zudringen, verschloß man ihr jede Möglichkeit exakter Beobachtung und verwies sie mit ihrer rationalen Methodik aus den Spähren der Verklärung und Selbsteniherung. Trotz Ablehnung und sich aufstürmender Schwierigkeiten allerorts geben einwandfrei beobachtete Fälle Analogieschlüsse zu den als Wunder deklarierten Stig-matisierungen und damit zu der eindeutigen Schlussfolgerung, daß auf der Grundlage schwerster krankhafter Veränderungen des Seelenlebens bei besonders disponierten Individuen ein organisches sichtbares Miterleben von Seiten Dritter eintreten kann. Diese krankhafte Veränderung des Seelenlebens ist gekennzeichnet in der Hysterie, die die gewaltigste visionäre Macht ist, die wir kennen. Die Hysterie erlebt, was sie ersieht, sie sieht, was sie glaubt! In den hysterischen Epidemien und an den Hysterischen selbst geschehen die Zeichen und Wunder, werden Blinde sehend, Lahme gehend, Stumme redend — aber auch umgekehrt infolge fortwährender Anfeuerung lebende blind, Gehende gelähmt, Redende sprachlos, wie dies in der Geschichte der Wunder und ihrer vermeintlichen Medien dauernd zutage getreten ist. Das leghin auslösende Moment dieser rätsel-haften Erscheinungen ist der suggestive Vorkellungs- und Beeinflussungsstrel. Von ihm aus sind auch die schon oben angezeigten wissenschaftlichen Beobachtungen ausgegangen. Bereits 1885 hat eine Reihe französischer Forscher die Hysterischen durch Suggestion Kältebluten und auch Blut-schwitzen herbeizurufen vermocht, so sie konnten sogar Stigmatisierungen an ganz bestimmten vorgezeichneten Stellen in Buchstabenform erzeugen. Diese Versuche wurden im Laufe der Zeiten häufig wiederholt und führten zu den gleichen Ergebnissen. Der naheliegende Schluß, daß auch autologesitio, von dem Träger selbst ausgehende Vorstellungen zum gleichen Resultat führen können, wurde ebenfalls experi-mentell bestätigt. Ebenso wie Brandblasen lassen sich auch blutende Stigmata bei geeigneter seelischer Veränderung, sei es auf suggestivem, sei es auf autologesitem Wege, herbeizurufen.

Triumphe der Saatzüchtung.

Eine gewaltige Umwälzung der Landwirtschaft, die die für uns so notwendige Eigenversorgung sicherstellen könnte, wird von dem Direktor des Berliner Instituts für Ererbungsforchung, Prof. Erwin Sauer, vorausgesehen, wenn die neuesten Ergebnisse der Ererbungsforchung in umfassender Weise ausgenutzt werden. Die Forschung hat sich, wie Dr. Peter Graf in der Leipziger „Allgemeinen Zeitung“ ausführt, seit einiger Zeit besonders mit der Frage beschäftigt: Wie erben sich die verschiedenen Eigenschaften von Pflanzen und Tieren bei der Kreuzung der einzelnen Rassen fort? Es haben sich dabei ganz bestimmte Gesetze ergeben, nach denen sich die mannigfachen Eigenschaften auf die Nachkommen verteilen. Wenn wir heute von einer Kreuzung verschiedner Rassen sprechen, so kann nach unserer Kenntnis der Ererbungsforchung die Nachzucht Kreuzungen erzielen, die alle wertvollen Eigenschaften der gekreuzten Rassen in sich vereinen, die wertlosen aber ausschließen.

Für die unabwehrbare Bedeutung solch planmäßiger Züchtungsarbeit sprechen einige Beispiele deutlich genug. Dem Weizen z. B. ist die Resistenz gegen die heftigsten Krankheiten der weissen Dingen verschieden, so können durch Kreuzung 1022 neue Rassen erzielt werden, aus denen die beste ausgewählt werden muß. Will man Weizen züchten, die gegen Rebkrankheiten und Krankheitsgefahren geschützt sind, so handelt es sich um etwa 40 verschiedene Erb-faktoren, und man muß nicht nur Tausende, sondern Millionen von Varietäten erzeugen, um die geschichte Art herauszubekommen. Bedeutend man aber, daß jährlich zur Bekämpfung der Rebkrankheiten 80 Millionen Mark ausgegeben werden müssen, so würde uns auch die Verwendung von einigen Millionen Mark auf diese Richtung noch gewaltige Ersparnisse bringen. Noch größer wäre der Gewinn für unsere Volkswirtschaft, wenn es gelänge, eine Lupine zu züchten, die nicht giftig ist und nicht bitter schmeckt; dann würde der größte Teil der Kraftfuttermittel überflüssig werden. Ähnlich verhält es sich bei den pflanzlichen Rohstoffen für die Kunststoffe und vielen anderen Kulturpflanzen.

Die Ererbungsforchung ist nach der Behauptung Sauer heute imstande, Kulturpflanzen mit ganz bestimmten Eigenschaften genau so sicher herzustellen, wie der Chemiker bestimmte Salze erzielt. Es bedarf nur der wissenschaftlichen Versuche, für die die nötigen Mittel bereitgestellt werden müssen, um riesige Erparnisse zu machen.

**Unsere treuen Mitglieder**

**Elsbeth u. Theodor Dröß**  
zu ihrer Silberhochzeit  
die herzlichsten Glückwünsche.  
Die 136. Abteilung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Donnerstag, 1. Dezember, abends  
6 Uhr, im Zimmer 26 des Verbands-  
hauses, Lindenstraße 83-85

**Verammlung**  
aller Metallarbeiter in der  
chemischen Industrie.  
Die Tagesordnung wird in der  
Verammlung bekanntgegeben.  
Wir erlauben die Kollegen dringend,  
in der Verammlung zu erscheinen, da wichtige  
Angelegenheiten zur Beratung stehen.  
Es wird pünktlich um 6 Uhr begonnen.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-37  
8 U. Ende 11 U.

**Corothea Angermann**  
v. Gerh. Hauptmann  
Regie: Max Reinhardt

**Kammerspiele**  
Norden 10334-37  
7 1/2 Uhr  
Ende nach 10 Uhr.  
Letzte Aufführ.  
„**Maya**“  
Donnerstag, 1. Dez.  
7 1/2 Uhr  
Besuche Urteil führung:  
**Broux-Expres**  
Komödie von Guy de Maupassant  
Regie: Heinz Hilpert

**Die Komödie**  
Bismarck 2014-2016  
8 1/2 U. Ende nach 10  
Uhr  
**Die Ehe von Welt**  
Komödie von Max Gorki  
Regie: Felix Lantinga  
Heute und morgen  
11 Uhr nachts  
Jazzkonz. auf 2 Flügeln  
Wiener und Dancet  
Preise 2-7 M.

**Theater, Lichtspiele usw.**

Dienstag, 29. 11. 27.	Dienstag, 29. 11. 27.
<b>Staats-Oper</b> Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr <b>Der Kuß</b>	<b>Städtische Oper</b> Bismarckstr. Ab.-Tanz II Ant. 7 1/2 <b>Carmen</b>
Städt. Schauspiel. Am Gendarmenpl. 7 1/2 Uhr <b>Figaros Hochzeit</b>	Städt. Schillerth. Charlottenburg Ant. 8 Uhr <b>Die Journalisten</b>

**Piscatorbühne**  
Theat. u. Hollendorferpl.  
Kurfürst 2091/93  
Ant. 8, Ende nach 11  
Uhr  
**Respolis, die Romanows,  
der Krieg und das Volk,  
das gegen sie aufstand**  
von Alexey Tolstoj und  
Schtschegolew insc. Erwin Piscator

**Großes Schauspielhaus.**  
Tägl. 11 Ende  
11 U.

**Volksbühne**  
Theater am Blöndelplat. Th. am Schiffbauerdamm  
7 1/2 Uhr  
**Peer Gynt**      **Schieber  
des Ruhms**

**DER MIKADO**  
Die neue  
**CHARELL-**  
**Inszenierung**  
mit  
**Max Pallenberg**  
**Rita Georg**  
**Bendow**  
**Jankuhn**  
**Szöke Szakall**  
**Werkmeister**  
**Jackson Boys**  
**Sunshine Girls**  
Aussp. Prof. Stern  
Dirig. Dr. Römer

**8 1/2 Komische Oper 8 1/2**  
Neuartiges Revue-Stück  
**Alles  
Nackt!**  
(Nach d. gleichn. Paris. Revue  
"Tout nu", 200 Mitwirkende)  
**Original-Pariser Kostüme**  
Parkett 3,80 Mk.  
Theaterkasse ununterbr. geöffnet

Mittw., Sonnab.,  
Sonntag  
nachmitt. 3 Uhr  
Kinderrevue  
**Kapitän Funk**  
mit Alfred Braun  
Kleine Preise.  
**VORVERHAU!**  
10-6 Uhr

**8 UHR SCALA**  
**GROCK**  
und weitere  
8 Internat. Varietéstars

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
Lothringer Str. 37.  
**Neu! Klein-Kleidersdorf!**  
Ausscheidung! Gutscheine 1-4 Pers.  
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

**8 Uhr**  
**Winter-  
Variete-  
Garten**  
Räucher gestaffelt

Platze der deutsche Rastell  
Dancel-Ballett m. B. Campson  
Waldoff-Penkert: Boxkampf

**Neues Theater  
am Zoo**  
Täglich 8 Uhr  
**Die Hotelratte**  
Operette v. Bromme  
Hans Zschokke, Paul Helldorn

Winterbau m. Zentralheizung  
**100 Löwen kommen!**  
morgen nach der  
**Köpenicker Straße**  
mit dem  
**Circus Kapitän Schneider**  
Riesenprogramm! Anfang 8 Uhr

Samstag-Abend  
Th. Känigertstr. 51.  
Bergm. 2110  
8-10.15 Uhr  
**Gustav III**  
von Strindberg.  
Regie: Viktor Janszowky

**Theater am Kottbusser Tor**  
Kottbusser Straße 6.  
Täglich 8 U. u. Sonntagabndm. 7 U.  
**Elite-Sänger**  
im großen  
Novemberprogramm  
Volkspreise von 30 Pf. bis 2,50 M.  
Sonntagnachmittags:  
**Große Familien-Vorstellung**  
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

**Komödienhaus**  
Norden 6304.  
8.15-10.40 Uhr  
**Hokuspokus**  
von Curt Götz  
Berliner Theater  
Dönhoff 170.  
8.15-10.15 Uhr-  
29. und 30. Nov.  
Gastspiel  
**La Arcantina**  
u. ihr span. Ballett

**Reichshallen-Theater**  
Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm. 3 U.  
**Stettiner Sänger**  
„Eine Rodzeit in  
de Müllerstraße“  
nachm. halbe Preise,  
volles Programm.  
**Dönhoff-Brett!**  
Täglich: Variété, Tanz-Kabarett.

Theater des Westens  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Frasquita**  
Operette von Lehár  
Kammerlänger Jara  
Lafawcett u. E. Martha Lorak  
Johann, Johann und Gustl

**Hallers Märchen-Revue**  
**„Aschenbrödel“**  
Jeden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr  
**Theater im Admiralspalast.**  
Rundfunkhörer zahlen gegen  
Vorzeig. d. Rundfunkquittung **halbe Preise**

Theater in der  
Kameralstraße.  
8 Uhr  
Der große Erfolg:  
Schön sein  
wir sind!  
m. Henry Bender  
Dönhoff 5083  
**Trianon-Th.**  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
Gastspiel  
**Erika Glässner**  
in **Gretchen**  
Für Jugendliche nicht geeignet

**Palmin**

Echt oder Unecht?

Das ist die Frage beim Einkauf von **Palmin**

feinstes Vork-Speisefett zum Kochen, Braten, Backen

Untrügliche Kennzeichen:  
Aufschrift „Palmin“  
und Namenszug  
D. Schlinck

Alleinige Hersteller: H. Schlinck & Cie. A.-G. Hamburg

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**

*Die Abenteurer des  
Kapitän Funk*

Eine Märchenreise in vielen Bildern für Groß und Klein  
von Arthur Lokesch    Regie: Alfred Braun

AUS DER BILDERFOLGE:  
Am Meeresstrand \* Die Insel der sieben Türme  
Die Wunderpuppen \* Am Hofe des Kaisers  
von Japan \* In der russischen Steppe \* Im  
Filmparadies \* Bei Charlie Chaplin \* In der  
Heimat \* Weihnachtsbescherung

In der Hauptrolle:  
mit seinem Wunderhund  
**CRAMBAMBULI**  
Premiere: Mittwoch, den 30. November, 3 1/2 Uhr  
und jeden Sonnabend, Sonntag und Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr  
Kleine Nachmittagspreise von 50 Pfennig bis Mark 3.50.

**Sunshine-  
Girls**      **Jackson-  
Boys**

**Residenz-Theater**  
Tägl. 8 1/2 Uhr:  
**Sumpf**  
Sitzendrama in 3 Akten  
Sonnab. u. Sig. 4 Uhr  
**Dornröschen**  
Jedes Kind erhält  
ein Geschenk

**Ausscheiden!**

**Sondervergünstigung für die Leser des  
„Vorwärts“**

Zentrum 12824    3 1/2 Uhr    Behrenstr. 55/57

**METROPOL-THEATER**

Jeden Mittwoch und Sonnabend nachmittag  
**das große Weihnachtsmärchen**  
**„Wie Klein-El's'chen das Christkind suchen ging“**

Die Leser des „Vorwärts“  
zahlen auf allen Plätzen **halbe** Kassenpreise  
**50% Ermäßigung gegen Vorzeigung dieses  
Ausschnittes**  
Preise von 0,50 bis Mark 4.—

**Metropol-Theater**

**Waihalia-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Nur noch heute!  
**Am Rüdelsheimer  
Schloß steht eine Linde**  
Parkett statt 4 Mk  
„gl.“ auch Sonntags  
nur 60 Pf.  
Ab morgen 8 1/2 Uhr:  
**Wie Du küßt keine  
Operette in 3 Akten  
Mittw. nachm. 4 Uhr.**  
Zaubermeister  
Camberland.  
Hörbuch:  
**Der gestiefelte Kater.**  
Parkett 30 Pf. an

**Waihalia-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**„Zaza“**

**Planetarium am Zoo**  
Friedl. Joachimshain Str.  
Noël. 1578  
Der Sternschnuppenstau  
der Reise von Berlin  
nach dem Äquator  
Vorführungen:  
8 1/2, 9, 10 Uhr.  
Elektr. 1 M.  
Ende st. 15 Lampen 1,50 M.

**CIRCUS  
BYSSCH**

Heute 8 Uhr:  
Letzte Vorstellung!  
„Vicki wetzt  
um die Welt“  
Morgen 8 Uhr:  
Einmalig abends  
„Die Märchenrevue“  
und vorher das  
gr. Circusprog.  
Donnerstag:  
Premiere

**Sprech-  
apparate**

**ETERNOLA**

**Kofferapparate**  
von 26 M an  
**Schallplatten**  
von 35 M an  
**Schrankapparate** von 112,50 M an

Bei überlegener Qualität unerreicht billig.  
Unübertreffliche Klangschönheit infolge  
moderner Metalltonführung. Gediegene  
Ausstattung. Bequeme Teilzahlung  
bei geringem Aufschlag.

**FABRIKVERKAUFSTELLEN**  
Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1; NW 21, Turmstraße 3 (gegenüber vom Krim-  
nialgericht); NS 4, Schönhauser Allee 177; O 24, Petersburger Straße 8; SW 6,  
Belg.-Alliance-Straße 6; SW 6, Alexandrinenstraße 15; Charlottenburg, Tan-  
rogener Straße 12; Kaiserin-Augusta-Allee 44; Friedenau, Cranachstraße 57;  
Bin.-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 89; Parkow, Schloßstraße 18; Potsdam,  
Berliner Straße 1; Schöneberg, Barbarossastraße 42; Spandau, Potsdamer  
Straße 1a; Tegel, Berliner Straße 15; Bin.-Tempelhof, Berliner Straße 62.

Nach kurzem Leiden wurde mir mein treuer Freund  
und Sozius  
**Dr. Julius Freudenberg**  
durch den Tod entzissen.  
Sein Verlust ist mir unersetzlich.  
Berlin, den 28. November 1927.  
**Robert Sosberg.**

Pflichtlich und unerwartet ist uns durch den un-  
erbittlichen Tod unser lieber, unvorgeführer Chef, Herr  
**Dr. Julius Freudenberg**  
entzissen worden.  
Die vorzüglichen Charaktereigenschaften, seine hervor-  
ragenden Fähigkeiten, seine wohlwollende Güte für seine  
Angestellten sichern ihm auch über das Grab hinaus die  
Liebe und Achtung aller, die ihm im Leben nahe standen.  
Sein Andenken bewahren wir in Ehren allezeit.  
Berlin, den 28. November 1927.  
Das Personal der Firma  
**Herrmann Gerson.**

**Walhalla-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Nur noch heute!  
**Am Rüdelsheimer  
Schloß steht eine Linde**  
Parkett statt 4 Mk  
„gl.“ auch Sonntags  
nur 60 Pf.  
Ab morgen 8 1/2 Uhr:  
**Wie Du küßt keine  
Operette in 3 Akten  
Mittw. nachm. 4 Uhr.**  
Zaubermeister  
Camberland.  
Hörbuch:  
**Der gestiefelte Kater.**  
Parkett 30 Pf. an

Pflichtlich und unerwartet starb am  
26. November, 23 Uhr, an Herzschlag  
mein lieber Mann, unser Vater, Bruder,  
Schwiegerater, Großvater, Schwager und  
Onkel, der Pfiälleiter des „Vorwärts“,  
Ackerstraße 174,  
**Hermann Obst**  
im Alter von 51 Jahren.  
In tiefer Trauer  
**Emilie Obst** als Gattin,  
**Willi Obst, Richard Obst**  
als Söhne,  
**Wilhelm Obst** als Bruder,  
sowie alle anderen Angehörigen.  
Die Trauerfeier findet am Donnerstag,  
dem 1. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Kremator-  
ium Gerichtstraße statt.

**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr  
**„Zaza“**

**Planetarium am Zoo**  
Friedl. Joachimshain Str.  
Noël. 1578  
Der Sternschnuppenstau  
der Reise von Berlin  
nach dem Äquator  
Vorführungen:  
8 1/2, 9, 10 Uhr.  
Elektr. 1 M.  
Ende st. 15 Lampen 1,50 M.

Am Sonnabend, dem 26. November,  
verstarb plötzlich infolge eines Schlag-  
anfalls der Leiter unserer Ausgabestelle  
Ackerstraße 174, Genosse  
**Hermann Obst.**  
Wir betrauern in dem so jäh aus  
seinem Wirkungskreise Gerissenen einen  
pflichttreuen, gewissenhaften und uner-  
müdllichen Mitarbeiter, einen treuen Ge-  
nossen und lieben Kollegen, dessen An-  
denken wir stets in Ehren halten werden.  
**Geschäftsleitung und Personal  
des Vorwärts-Verlag G.m.b.H.**

**Chicago**  
Lustspiel-Theater  
8 1/2 Uhr  
**Schinderhannes**

**Philharmonie**  
8 Uhr  
**SINFONIE-KONZERT**  
des Philharm. Orch.  
Dir. Prof. J. Pröpper  
Viol.-Konz. E-moll-  
Mendelssohn (Rund-  
Pastoral) St.-Bech.

**Ortskrankenkasse für das  
Maurergewerbe zu Berlin.**  
Durch Beschluß des Vorstandes ist die  
Jahresbeiträge der Rente mit Wirkung vom 5.  
Dezember 1927 geöffnet von:  
Montag bis Freitag: 9 1/2 bis 12 1/2 und  
12 1/2 bis 18 Uhr.  
Sonnabende: 9 1/2 bis 12 1/2 Uhr.  
Der Vorstand:  
H. Krüger, Vorsitzender, R. Grünh, Schriftf.

**Metropol-Th.**  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Paganini**  
Quartett von Franz Laifer  
Julius, Edward Lichtenstein,  
Luise Kirschbaum,  
Sally Karty, Arthur Bell u. s.